Abonnements
werden bei allen schweizerischen Postbureaux, sowie beim Verlag und dessen bekannten Agenten entgegengenommen, und zwar zum
voraus zahlbaren
Vierteljahrspreis von:
Fr. 2.— für die Schweiz (Kreuzband)
Mk. 3.— für Deutschland (Couvert)
fl. 1.70 für Oesterreich (Couvert)
Fr. 2.50 für alle übrigen Länder des Weltpostvereins (Kreuzband)

Inserate
die dreigespaltene Petitzeile
25 Cts. — 20 Pfg.

Der Sozialdemokrat

Zentral-Organ der deutschen Sozialdemokratie.

Erscheint
wöchentlich einmal
in
Zürich (Schweiz).

Verlag
der
Volksbuchhandlung
Hottingen-Zürich.

Postsendungen
franko gegen franko.
Gewöhnliche Briefe
nach der Schweiz kosten
Doppelporto.

№ 2.

Briefe an die Redaktion und Expedition des in Deutschland und Oesterreich verbotenen „Sozialdemokrat" wolle man unter Beobachtung äußerster Vorsicht abgehen lassen. In der Regel schicke man uns die Briefe nicht direkt, sondern an die bekannten Deckadressen. In zweifelhaften Fällen eingeschrieben.

8. Januar 1886.

Parteigenossen! Vergeßt der Verfolgten und Gemaßregelten nicht!

Allgemeiner Unterstützungs-Fond.

Vom Mai 1885 sind noch nachträglich zu quittiren: von Hamburg Mk. 70 —. pr. Juni: Hamburg 210 —. pr. Juli: Würzburg 15 60 und Hamburg 210 —.

Im Juli und August gingen ein:
F. Sch. Berlin Mk. 50 —. Dresden, Ottopfennig 4 —. Leipzig, Einigkeit wird verlangt 100 —. Altenburg 60 —. Gera 15 —. C. Zürich 5 —. Chemnitz 12 —. Quedlinburg 5 —. Schloß-Chemnitz, Mehrere Genossen 10 —.

München Mk. 55 30. Fürth 10 —. Bayreuth 16 —. Striegau 9 —. Celle 16 50. Durlach 5 50. St. Johann 10 50. Ernstthal 11 50. Oschatz 10 —. Potsdam 20 —. Gera 30 70. Ronsdorf 15 50. Minden 28 —. Merseburg 5 50. Löbtau 18 50. Ohlau 3 50. Schleswig 3 —. Peine 3 —. Waldenburg 13 —. Herford 10 —. Magdeburg 27 —. Werdau 5 50. Nowawes 3 50. Braunschweig 50 —. Brandenburg 50 —. Neustadt a/H. 15 —. Mannheim 41 —. Hof 9 80. Würzburg 15 60.

In September gingen ein:
Limmritschau, ges. bei dem Vogelschießen Wilhelmshöhe Mk. 3 70. Halberstadt 100 —. W. Pforzheim 5 —. B. Leipzig 6 —.

Wilhelmshaven Mk. 21 —. Erfurt 31 20. Dresden A. 80 —. Hagen 41 50. Eßlingen 40 —. Stuttgart 20 90. Kirchheimbolanden 16 —. Barberg 2 50. Bayreuth 5 —. Neustadt a/H. 14 —. Hamburg 340 —.

In Oktober liefen ein:
Schleswig Mk. 3 —. Frankfurt a/M. 82 50. Peine 3 —. Koblenz 6 50. Düsseldorf 7 —. Brandenburg 20 —. Ditto 25 —. Itzehoe 8 50. Ohlau 4 50. Liegnitz 41 —. Bremen 15 50. Mannheim 31 50. Gotha 24 50. Werdau 5 50. Meerane 31 —. Potsdam 30 —. Aus dem Potsdamer Wahlkreis 3 —. Fürth 10 —. Bayreuth 15 50.
Arden Mk. 50 —.

In Oktober und November gingen weiter ein:
Magdeburg Mk. 150 —. Schwerin i/M. 45 —. Darmstadt 100 —. Sch. Zürich 22 50. Quedlinburg 5 —. Ronsdorf 30 —. Bernhardt Leipzig 6 —. Wurzen d. L. 25 —. Hablich, St. Paul B. St. (7 Doll.) 29 5. F. Dresden 6 —. „Für die gute Sache" Leipzig 50 —.
Düsseldorf Mk. 10 —. Würzburg 8 50. Dessau 5 50. Frankfurt a/M. 12 —. Brandenburg G. 25 —. Do. R. 20 —. Chemnitz 40 —. Danzig 5 50. Ronsdorf 10 50. Neumünster 14 —. Goldberg i/Schl. 10 —. Esslingen 40 50. Aachen 16 —. Herford 6 50. Hof 10 50. Merseburg 5 50.

In Dezember liefen ein:
Neustadt a/H. Mk. 4 75. Cottbus 23 50. Itzehoe 20 50. Peine 15 —. Elberfeld 100 —. Greiz 17 50. Erfurt 47 20. Dresden A. 52 55. Bitzensdorf i/S. 24 —. Danzig 18 05. Durlach 5 50. Flensburg 21 —. Chemnitz 31 50. Cöln 30 —. Pforzheim 21 —. Limbach i/S. 10 —. Potsdam 26 —. Stettin 21 —. Apolda 31 70. Dresden Löbtau 21 10. Quedlinburg 5 —. Schwabach 5 —. St. Johann 3 —. Spremberg 10 50. Hamburg 288 —. Kiel und Gaarden 42 —. Winterbeck bei Kiel 10 —.

Diäten-Fonds.

Im September liefen ein:
Fr. Berlin Mk. 5 —. C. R. u. D. Zeulenroda 10 —. Elberfeld 100 —. Bittersdorf 11 50. 22. und 23. sächsischer Wahlkreis und Wahlkreis Greiz 59 74. Bayreuth 6 —.

In Oktober und November liefen ein:
Spremberg Mk. 50 —. Hannover 100 —. Dresden-Altstadt 150 —. Kirchheimbolanden 12 —.
Hannover 100 —. Dresden-Altstadt 150 —. Wurzen 25 —. Altenburg 50 —.

In Dezember liefen ein:
Br. Breslau Mk. 10 —. F. Breslau 3 —. Görbersdorf 100 —. Braunschweig 30 —. Dortmund 10 —.
Hanau 50 —. Forst 100 —. Romeo und Julia 10 —. Bockenheim 5 —. Möhrenkäppen 12 —.
München 200 —. Nürnberg 100 —. Danzig 30 —.
Petersdorf i. Schl. Mk. 8 —. Bremen 25 —. D. Schwerin i. Mek. 5 —. Großenhayn 100 —. „Der Bekannte" Köln 25 —. Dresden-Neustadt 25 —. Weimar 7 50. Genosse Bromberg 3 —. H. Metz 25 —. Braunschweig 200 —. Wilhelmshafen 30 —. Gotha 20 —. Hannover 5 —. Stettin 25 —. Brandenburg 16 —. Iserlohn 27 —. Von Nachdruckern durch Ag. 50 —. Wolfenbüttel 8 —. Hamburg 2,500 —. Chemnitz Stadt 70 —. Chemnitz Land 30 —. M—ht. Dresden 3 —. Barmelskirchen 26 —. Ronsdorf 25 —. Rittershausen 5 —. Neustadt 2 —. Hohenstein-Ernstthal 10 —. Lichtenstein-Callnberg 6 —. Lieber Barnimer-Wahlkreis Bismarck zum Trotz 30 —. Zeitz 20 —. Brandenburg 30 —. Remscheid dicke Eiche 40 —. Dortmund 50 —. Schwarz 10 —. Dz. Stuttgart 300 —. Gaarden b. Kiel 40 —. Dietzholdorf 12 —. D. Schwerin 40 —.

(Fortsetzung ab Juli 1885 folgt in Nr. 3.)

Aus dem Ruhmeskranz der Hohenzollern.

(Auch ein Festartikel.)

Unter Glockengebimmel und Soldatengewimmel ist am 3. Jan. das 25jährige Jubiläum des Regierungsantritts des alten Wilhelm gefeiert worden. Die deutsche Presse hat sich diese Gelegenheit nicht nehmen lassen, in Verherrlichung des Jubelfestes im Speziellen, sowie seines ganzen Geschlechts überhaupt, wieder einmal ihr Menschenmögliches zu leisten. Der Hohenzollernkultus ist in einer Weise betrieben worden, für das das Wort byzantinisch eigentlich noch beschönigend klingt. Mehr, als in diesen „Jubeltagen" von den Kastraten des alten Kaiserreichs, ward die historische Wahrheit noch selten behandelt.

Wollten wir all' die Geschichtsfälschungen und Verdrehungen hier festnageln, denen wir beim Lesen der Festartikel der loyalen Presse des „wissenschaftlichsten Volks der Welt" — beiläufig eine Tortur, für die alle von uns begangenen und noch zu begehenden Sünden kein Aquivalent bieten, — begegneten, wir würden den ganzen Raum dieser und noch eines halben Dutzend weiterer Nummern unseres Blattes damit anfüllen müssen.

Da das nicht geht, und wir uns zu einer Auswahl nicht entschließen können — aus Gerechtigkeitsgefühl! — so geben wir diesen, ursprünglich gefaßten Plan ganz auf. Damit aber unsere Leser, Freund wie Feind, nicht zu kurz kommen, wollen wir wenigstens zu dem Süßholzgeraspel der konservativ-nationalliberal-freisinnig-demokratischen Festartikel den sozialdemokratisch-kommunistischen Kontrabaß liefern.

Beim Durchblättern der „Neuen Rheinischen Zeitung" fiel uns kürzlich ein Artikel in die Augen, der „die Thaten des Hauses Hohenzollern" überschrieben ist. Nach dem Redaktionszeichen zu urtheilen, stammt er aus der Feder unseres unvergeßlichen Karl Marx, jedenfalls hat ihn ein Mann geschrieben. Er ist geschrieben in den Tagen des Jahres 1849, da preußische Truppen in Sachsen einrückten, um das aufständische Dresden niederzuwerfen, in jenen Tagen, da die Contre-Revolution sich zum letzten entscheidenden Schlag gegen die errungenen Volksrechte rüstete, da sich in Baden und in der Pfalz das Volk zum Kampf für die Reichsverfassung erhob; in jenen Tagen, da sich das deutsche Volk vor die Alternative gestellt sah, entweder seine Rechte mit dem Schwert in der Faust aufs Neue zu erkämpfen oder sich der immer stärker auftretenden Reaktion auf Gnade und Ungnade zu ergeben. Da schlug die „Neue Rheinische Zeitung" jenen Ton an, der von der Berliner „Kreuzzeitung", dem damaligen Erzreaktionärblatt, als Chimborassofrechheit bezeichnet wurde. Und es gehörte auch in der That damals etwas dazu, in einer preußischen Festung eine solche Sprache zu führen. Dieser Artikel nun soll mit Weglassung einiger nebensächlichen Stellen, unser Gegenstück zu den kastratischen Festartikeln der Tagespresse bilden.

* * *

Köln, 9. Mai 1849. Die Regierung des Hn. von Hohenzollern scheint . . . den alten Ruf des preußischen und Hohenzollernschen Namens noch einmal auf's Vollste bewähren zu wollen.

Wer kennt nicht die Treubrüche, die Perfidien, die Erbschleichereien, durch die jene Familie von Kirporälen groß geworden ist, die den Namen Hohenzollern trägt?

Man weiß, wie der sogenannte „große" Kurfürst den ersten Verrath an Polen beging, indem er, der Alliirte Polens gegen Schweden, plötzlich zu den Schweden überging, um Polen im Frieden von Oliva desto besser plündern zu können.

Man kennt die abgeschmackte Figur Friedrich's I., die brutale Rohheit Friedrich Wilhelm's I.

Man weiß, wie Friedrich Wilhelm II., der Erfinder des patriarchalischen Despotismus, der Freund der Aufklärung vermittelst der Stockprügel, sein Land an französische Entrepreneurs (Spekulanten) meistbietend versteigerte; man weiß, wie er sich mit Rußland und Oesterreich verband, um einen Raub an Polen zu begehen, der noch jetzt, nach der Revolution von 1848, als ein unabgewaschener Schandfleck auf der deutschen Geschichte sitzt.

Man weiß, wie Friedrich II. den Raub an Polen vollenden half, wie er die geraubten polnischen National- und Kirchengüter an seine Höflinge verschleuderte.

Man weiß, wie er 1792 mit Oesterreich und England die Koalition zur Unterdrückung der glorreichen französischen Revolution schloß und in Frankreich einfiel; man weiß ebenfalls, wie sein „herrliches Kriegsheer", mit Schimpf und Schande bedeckt, aus Frankreich herausgetrieben wurde.

Man weiß, wie er dann seine Alliirten im Stiche ließ und sich beeilte, mit der französischen Republik Friede zu schließen.

Man weiß, wie er, der für den legitimen König von Frankreich und Navarra zu schwärmen vorgab, die Krondiamanten eben dieses Königs der französischen Republik abkaufte und so mit dem Unglück seines „Herrn Bruders Liebden" Wucher trieb.

Man weiß, wie er, dessen ganzes Leben ein ächt hohenzollersches Gemisch von Ueppigkeit und Mystizismus, von greisenhafter Lüsternheit und kindischem Aberglauben war, die Freiheit der Gedankenäußerung in Bischofswerderschen Edikten mit Füßen trat.

Man weiß, wie sein Nachfolger, Friedrich Wilhelm III., der „Gerechte", seine alten Bundesgenossen für das ihm als Köder hingeworfene Hannover an Napoleon verrieth.

Man weiß, wie er gleich darauf Napoleon an eben dieselben Bundesgenossen verrieth, indem er im Solde Englands und Rußlands die in der Person Napoleon's verkörperte französische Revolution angriff.

Man weiß, welchen Erfolg dieser Angriff hatte: die unerhörte Niederlage des „herrlichen Kriegsheeres" bei Jena, das plötzliche Ausbrechen der moralischen Läusekrankheit am ganzen preußischen Staatskörper, eine Reihe von Verräthereien, Niederträchtigkeiten und Kriechereien preußischer Beamten, davon sich Napoleon und seine Generäle mit Ekel abwandten.

Man weiß, wie Friedrich Wilhelm III. 1813 das preußische Volk durch seine schönen Worte und herrlichen Verheißungen wirklich so weit brachte, daß es glaubte, gegen die Franzosen in einen „Befreiungskrieg" zu ziehen, obwohl es sich um weiter nichts handelte, als um die Unterdrückung der französischen Revolution und die Herstellung der alten Wirthschaft von Gottes Gnaden.

Man weiß, wie die schönen Versprechungen vergessen waren, sobald die heilige Allianz am 30. März 1814 ihren Einzug in Paris gehalten hatte.

Man weiß, wie bei der Rückkehr Napoleon's von Elba die Begeisterung des Volkes schon wieder soweit abgekühlt war, daß der Hohenzoller durch das Versprechen einer Konstitution (Edikt vom 22. Mai 1815 — vier Wochen vor der Schlacht von Waterloo) den erloschenen Eifer wieder beleben mußte.

Man erinnert sich der Verheißungen der deutschen Bundesakte und der Wiener Schlußakte: Preßfreiheit, Verfassung u. s. w.

Man weiß, wie der „gerechte" Hohenzoller sein Wort gehalten hat: heilige Allianz und Kongresse zur Unterdrückung der Völker, Karlsbader Beschlüsse, Zensur, Polizeidespotismus, Adelsherrschaft, Bureaukratenwillkür, Kabinetsjustiz, Demagogenverfolgungen, Massenverurtheilungen, Finanzverschleuderung und — keine Konstitution.

Man weiß, wie 1820 dem Volk die Nichterhöhung der Steuern und Staatsschulden garantirt wurde und wie der Hohenzoller sein Wort hielt: Erweiterung der Seehandlung zu einer geheimen Leihanstalt für den Staat.

Man weiß, wie der Hohenzoller auf den Ruf des französischen Volkes in der Julirevolution antwortete: Truppenmassen an die Grenze, Niederhaltung des eigenen Volks, Erdrückung der Bewegung in den kleineren deutschen Staaten, schließliche Knechtung dieser Staaten unter der Knute der heiligen Allianz.

Man weiß, wie derselbe Hohenzoller im russisch-polnischen Kriege die Neutralität verletzte, indem er den Russen erlaubte, über sein Gebiet zu passiren und dadurch den Polen in den Rücken zu kommen, indem er ihnen die preußischen Arsenale und Magazine zur Verfügung stellte, indem er jedem geschlagenen russischen Korps eine sichere Zuflucht in Preußen bot.

Man weiß, wie das ganze Bestreben des Hohenzollerschen Unterknäs (Knäs = Vasall), im Einklang mit den Zwecken der heiligen Allianz, dahin ging, den Adel, die Bureaukratie und das Militär in ihrer Herrschaft zu befestigen, alle Freiheit der Aeußerung, allen Einfluß des „beschränkten Unterthanenverstandes" auf die Regierung mit brutaler Gewalt zu erdrücken, und zwar nicht nur in Preußen, sondern auch im übrigen Deutschland.

Man weiß, daß selten eine Regierungsepoche verflossen ist, in der solche löbliche Absichten mit brutaleren Gewaltmaßregeln durchgesetzt wurden, als in der Zeit Friedrich Wilhelm's III, besonders von 1815—1840. Nie und nirgend ist soviel verhaftet und verurtheilt worden, nie waren die Festungen so voll politischer Gefangenen, wie unter diesem „gerechten" Herrscher. Und vollends, wenn man bedenkt, welche unschuldige Tölpel diese Demagogen waren.

Sollen wir auch noch auf den Hohenzoller zu sprechen kommen, der nach dem Mönch von Lehnin „der letzte seines Stammes sein wird"? Sollen wir sprechen von der Wiedergeburt der christlich-germanischen Herrlichkeit und von der Auferstehung der blassen Finanznoth, vom Schwanenorden und vom Oberzensurgericht, vom Vereinigten Landtag und von der Generalsynode, vom „Stück Papier" und von den vergeblichen Versuchen, Geld zu borgen und all den übrigen Errungenschaften der glorreichen Epoche von 1840—48? . . .

Es wird nicht nöthig sein, die aufgeführten Data reichen hin, um den hohenzollerisch-preußischen Namen vollständig zu charakterisiren. Es ist wahr, der Glanz dieses Namens war einen Augenblick geschwächt, aber seit das Siebengestirn Manteuffel und Konsorten die Krone umklebt, ist die alte Herrlichkeit wieder eingezogen. Wieder ist Preußen, wie ehedem, ein Vizekönigreich unter russischer Hoheit; wieder ist der Hohenzoller ein Unterknäs des Selbstherrschers aller Reussen und Oberknäs über alle die kleinern Bojaren von Sachsen, Bayern, Hessen-Homburg, Waldeck u. s. w.; wieder ist der beschränkte Unterthanenverstand in sein altes Recht des Ordre-Parierens eingesetzt. „Mein herrliches Kriegsheer", so lange der Prawoslawny (rechtgläubige) Zar selbst es nicht gebraucht, darf in Sachsen, Baden, Hessen und der Pfalz die seit 18 Jahren zu Warschau herrschende Ordnung herstellen, darf im eigenen Lande und in Oesterreich die geborstenen Kronen mit Unterthanenblut leimen. Das früher in der Angst und Noth des Herzens gegebene Wort scheert Uns ebensowenig als Unsere in Gott ruhenden Ahnen. . . ."

* * *

Zwei Tage, nachdem Vorstehendes geschrieben, am 11. Mai 1849, verfügte die Regierung in Köln, daß dem Chefredakteur der „Neuen Rheinischen Zeitung", dem Dr. Karl Marx, das Gastrecht (!), welches er so schmählich verletzt, zu entziehen.

und da derselbe eine Erlaubniß zum ferneren Aufenthalt in der hiesigen Stadt nicht erlangt hat, ihm aufzugeben sei, dieselbe binnen 24 Stunden zu verlassen", im andern Falle er „zwangsweise über die Grenze zu bringen sei".

Da die Gerichte zu einer willkürlichen Verhaftung der Redakteure nicht die Hand boten, nahm man zu dieser elenden Polizeifinte die Zuflucht:

„Kein offener Hieb in offener Schlacht —
Es fällen die Rücken und Tücken,
Es fällt mich die schleichende Niedertracht
Der schmutzigen West-Kalmüken!"

Mit diesen Worten nahm die „Neue Rheinische Zeitung" Abschied von ihren Lesern.

Sie hätte bald Gelegenheit gehabt, ihr Register fortzusetzen. Man weiß, wie der Hohenzoller in Baden hauste, wie der Prinz von Preußen bei Rastatt das den Kapitulanten gegebene Wort brach und die Freiheitskämpfer Trützschler, M. Dortu, Bönning, Eisenhans, Tiedemann, Höfer, Jensen u. s. w. niederkartätschen ließ.

Man weiß, wie auf Befehl des Zaren Schleswig-Holstein preisgegeben wurde, wie der Hohenzoller in Olmütz vor Oesterreich zu Kreuze kroch.

Man weiß, wie die Verfassung oktroyirt, das elendeste aller Wahlgesetze proklamirt wurde. Man weiß, wie die Reaktion wüthete, wie der „Komiker auf dem Throne" auch offiziell für verrückt erklärt wurde und sein Bruder Wilhelm als Regent angesichts der immer drohenderen Mißstimmung im Volke die „neue Aera" zu inszeniren für gut fand, bis er am 2. Januar 1861 seinem „in Gott" verstorbenen Bruder auf dem Throne folgte.

Man weiß, wie Wilhelm I., der Milde und Friedfertige, bei seiner Krönung feierlich das Gottesgnadenprinzip proklamirt und es durch die Annexion von Hannover, Nassau und Hessen mit Füßen trat; man weiß — —

Doch wozu uns noch länger in Einzelnheiten ergehen? Das Kriegsglück ist Wilhelm I. günstig gewesen und hat ihn zum „glorreichen Helden" gemacht, zum „Einiger Deutschlands", und was der Ehrentitel sonst noch sind, die ihm ein speichelleckerischer Servilismus beigelegt. Man braucht sich die „deutsche Einheit" nur in der Nähe anzusehen, um das große Verdienst ihrer Herstellung nach Gebühr zu würdigen. Sie hat dem deutschen Volk die gemeinsame Peitsche, von der Heine singt, gebracht — das Ausnahmegesetz gilt über ganz Deutschland, sie hat sein wirthschaftliches Leben den Interessen der preußischen Landjunker dienstbar gemacht, aber sie hat keinen einzigen der in den Einzelstaaten bestehenden Mißbräuche auszurotten vermocht. Der „Einiger Deutschlands" wacht mit eifersüchtiger Sorgfalt darüber, daß auch kein Tipfelchen von seinen Partikularrechten als König von Preußen beeinträchtigt werde, die dynastischen Interessen, seine speziell preußischen Traditionen, stehen ihm so hoch über dem Gedanken einer wirklichen Reichspolitik, daß er durch den Spezial-Auslieferungsvertrag mit Rußland das Signal geben konnte zu einer Neubelebung des Partikularismus überhaupt. Herabdrückung der Volksrechte, Fußtritte ins Gesicht der Volksvertretung auf der einen Seite, und Stärkung der fürstlichen und sonstigen Priviligien auf der anderen Seite — das ist die Politik des neuen deutschen Kaiserreichs.

Freilich, die Feigheit und Niedertracht der Macher der öffentlichen Meinung in Deutschland hat eine bequeme Formel gefunden, um in ihren Festartikeln diese Seite der glorreichen Regierung Wilhelms I. vertuschen zu können. Dem Kaiser den Ruhm, dem Minister die Verantwortung. „Es muß beklagt werden, daß die starke Hand, in welche König Wilhelm die äußere Politik gelegt hatte, auch berufen war, in die innern Verhältnisse bestimmend einzugreifen," leitartikelt die „Frankfurter Zeitung", und ruft dann aus: „Damit soll der Huldigung, die heute Preußen seinem Könige, Deutschland seinem Kaiser erweist, kein Eintrag geschehen. Nicht alle Güter des Glücks häuft das Geschick auf ein einziges Haupt, auch seinen Lieblingen versagt es manches Kleinod. Des Kaisers Haupt umstrahlt der Glanz des Ruhmes" . . . . Und so weiter, und so weiter.

Elende Lüge eines von dem Beweihräucherten selbst bei jeder Gelegenheit perhorreszirten Konstitutionalismus! Entweder — oder. Entweder ist Wilhelm I. eine Puppe, ein Strohmann, ein Idiot, oder er ist der bewußte Herr und Gebieter seines Ministers. Und dann, mag er sonst so beschränkt sein als er will, dann trägt er auch die volle Verantwortung für dessen Politik, — wenn nicht de jure, so doch de facto, wenn nicht vor einem Richterkollegium, so doch vor seinem Volk, vor der Geschichte.

Er trägt die Krone des preußischen Staates, des deutschen Reiches — nun, so trage er auch die Verantwortung für die schmachvollen Ausweisungen, für die Folgen der infamen Ausnahmegesetze, für die Wirkungen der agrarischen Interessenpolitik, für jeden Tropfen Blut, der ohne Noth vergossen wurde.

Ehre, dem Ehre gebührt.

Sozialpolitische Rundschau.

Zürich, 6. Januar 1886.

Georg Adolf Demmler †.

Im 82. Lebensjahre ist am 2. Januar, Nachmittags 4 Uhr, der Veteran unserer Partei, Adolf Demmler, Hofbaurath a. D. in Schwerin, an Altersschwäche sanft entschlafen.

Zu einer Zeit, wo es noch nicht Mode war, in irgend einer Art Sozialismus zu machen, hatte Demmler den Muth, sich offen und frei zu republikanischen und sozialistischen Grundsätzen zu bekennen. Ein hervorragender Künstler, und als solcher allgemein anerkannt, trat er 1848 mit einer Entschiedenheit gegen die politische und ökonomische Unterdrückung ein, die ihn seine Stellung als Hofbaumeister kostete und ihn verhinderte, das berühmteste Werk seines Lebens, das Schweriner Schloß, zu vollenden.

Wie er als Bauleiter Gelegenheit genommen, den auf Kosten der Arbeiter ein Schmarotherdasein führenden „Meistern" ihre Ueberflüssigkeit unwiderleghar zu beweisen, ist bekannt. Er hat damit der Arbeitersache keinen geringen Dienst geleistet. Denn wie in jedem Kampf, so spielt auch im Klassenkampf zwischen Arbeit und Kapital das moralische Bewußtsein eine große Rolle. Es bei den Arbeitern heben, heißt ihre Kraft im Kampf vermehren.

Bei den Reichstagswahlen 1877 wurde Demmler vom Wahlkreise Leipzig-Land in den Reichstag entsendet. Mit großer Pflichttreue füllte er dort seinen Posten aus und nahm an den Arbeiten unserer damaligen Fraktion eifrig Theil. Als 1878 nach den Attentaten der Reichstag aufgelöst wurde und die Sozialistenhatz begann, blieb auch er, der 74jährige Mann, von der Brutalität der Ordnungsstrolche nicht verschont. Trotzdem hielt er unentwegt zur Fahne: wenn er auch, mit Rücksicht auf seine zunehmende Schwäche, seine Kandidatur nicht wieder aufstellte, so that er doch, was in seiner Kräften stand, um der Partei den Wahlkreis zu erhalten.

Seit Proklamirung des Ausnahmegesetzes ist Demmler nicht mehr an die Oeffentlichkeit getreten. Aber im Stillen erfüllte er auch fernerhin seine Schuldigkeit als Parteigenosse. Er steuerte nach Maßgabe seiner Mittel für die Bedürfnisse der Partei bei, und das Parteiorgan verliert in ihm einen treuen Abonnenten.

Die Lücke, die der einzelne Kämpfer hinter sich läßt, schließt sich schnell, der Kampf zieht immer neue Streiter heran. Aber sein Andenken dauert im Gedächtniß seiner Kampfgenossen unauslöschlich fort. Die Sozialdemokratie wird den Namen Georg Adolf Demmler in Ehren halten.

— Ehedem war es Sitte, bei besondern Jubelfesten eine Amnestie für politische Verbrecher eintreten zu lassen. Wir sind keine besonderen Verehrer dieser Sitte, die in einem freien Lande überflüssig ist. Aber Deutschland ist nun einmal kein freies Land, und so tauchte denn auch das Gerücht auf, es werde aus Anlaß der Jubiläumsfeier des alten Wilhelm eine allgemeine politische Amnestie eintreten. Sie ist nicht eingetreten, und sie hätte auch keinen Sinn, solange das Ausnahmegesetz fortbesteht. Man wird einige arme Schächer begnadigen, das ist alles. Und wir sind die letzten, die sich darüber beschweren.

— Zum Erkenntniß des Reichsgerichts in Sachen des Chemnitzer Sozialisten-Prozesses schreibt man uns aus Deutschland:

Wenn alle untreu werden, so bleiben wir doch treu — so dachten die Herren vom dritten Strafsenat des Reichsgerichts, gingen hin, stellten in Form Rechtens den „Rechtsirrthum" der Chemnitzer Richter, die Pläne der Reichsregierung und des sächsischen Justizministeriums durchkreuzen zu wollen, fest und wiesen den Prozeß an das Landgericht zurück. Allerdings nicht an das Chemnitzer Landgericht, wie das eigentlich dem Gebrauch entsprochen hätte, sondern an ein anderes Landgericht, nämlich das Freiberger, das in jenen Rechtsirrthum bisher noch nicht verfallen ist, und also auch eine gewisse Bürgschaft dafür bietet, daß es künftig nicht in ihn verfallen, und dem so sehr überarbeiteten Reichsgericht nicht noch überflüssige Arbeit verursachen wird. Im Augenblick, wo ich dies schreibe, ist mir der Wortlaut des reichsgerichtlichen Entscheids noch nicht bekannt, und nicht einmal die Argumente und Motive, denn, wie ich von kompetenter Seite erfahre, sind die in den Zeitungen befindlichen Referate so ungenau und lückenhaft, daß sie nicht zur Grundlage irgend welcher Betrachtungen gemacht werden können. Indeß das ist auch höchst nebensächlich. Das Reichsgericht hat die Aufgabe, dafür zu sorgen, daß die Rechtspflege in Deutschland sich nicht vom Boden der deutschen Reichsgesetzgebung entferne, und daß sie dem im deutschen Reich herrschenden Rechtsbewußtsein entspreche. Nun ist aber die deutsche Reichsgesetzgebung der Ausfluß und Ausdruck der Interessen und Anschauungen derjenigen Personen und Klassen, welche im deutschen Reich „die Klinke der Gesetzgebung in der Hand haben", um mich des offenherzig-cynischen Worts unseres leitenden Staatsmanns, d. h. der Personifikation des Reichs, zu bedienen. Und das im Reich herrschende Rechtsbewußtsein ist das Rechtsbewußtsein der im Reich herrschenden Personen, und entspricht genau deren Interessen und Anschauungen. Woraus folgt, daß das Reichsgericht die Rechtspflege so zu üben und zu leiten hat, daß sie die Interessen und Anschauungen der herrschenden Personen, welche in ihrer Gesammtheit die herrschende Klasse bilden, zur Geltung bringt. Und, wie gesagt, das Reichsgericht hat diese seine Aufgabe begriffen. Seine Geschichte lehrt es uns. Wo die Interessen und Anschauungen der herrschenden Personen es erheischten, inszenirte es Hochverrathsprozesse, und verurtheilte mit der Präzision eines wohlregulirten Uhrwerks; und wenn sich einmal irgend ein untergeordnetes Richterkollegium, z. B. das Zwikauer Landgericht im Falle Preißer, beikommen ließ, den Interessen und Anschauungen der herrschenden Personen nicht Rechnung zu tragen, so waltete das Reichsgericht mit untrüglicher Sicherheit seines Amts, ertheilte dem sündigen Gericht die nöthige „Rechtsbelehrung" und zigte ihm den korrekten Weg der korrekten Verurtheilung. Nur immer korrekt! Glaube man nicht, daß das Reichsgericht jemals inkorrekt gehandelt habe! Es wäre eine frivole Verdächtigung, dies behaupten oder auch nur insinuiren zu wollen. Und eine solche Verdächtigung der Richter wäre obendrein nur der Ausfluß einer kindlich-optimistischen Auffassung der Gesetze. Jeder, dessen Denken und Handeln sich mit den Interessen und Anschauungen der herrschenden Personen nicht in Harmonie befindet, ist strafbar, und das „herrschende Rechtsbewußtsein" hat dafür gesorgt, daß es auch „Gesetze" gibt, nach denen er bestraft werden kann. Ein Richter, der, wenn es von oben her verlangt wird, einen so frevelhaften Menschen nicht zu angemessener Strafe verurtheilt, hat entweder von der Aufgabe und den Pflichten seines Amts keinen Begriff, oder er kennt die Gesetze nicht. Eins oder das Andere. Und in beiden Fällen „Remedur" zu schaffen, ist das Ehrenamt des Reichsgerichts als oberster Berufungs- und Revisionsinstanz im Reich der Gottesfurcht und frommen Sitte, wo ein „nach Blut riechender" Junker Otto von Bismarck nebst seinen würdigen Mitjunkern und Spießgesellen „die Klinke der Gesetzgebung in der Hand" hat, und die Gesetzgebungsfabrik ebenso gewissenhaft leitet, wie die Gesetzvollstreckungsmaschine, genannt Justiz. —

Soweit hatte ich geschrieben, als mir der Wortlaut des Reichsgerichtserkenntnisses zu Gesicht kommt. Das Reichsgericht hat den „Rechtsirrthum" darin entdeckt, daß das Landgericht Chemnitz den Begriff der Verbindung im Sinne der §§ 128 und 129 nicht ganz richtig definirt habe, und in Folge dessen möglicherweise zu einer falschen Schlußfolgerung, also zu einem inkorrekten Urtheil gelangt sei. Das Chemnitzer Gericht hat nämlich nicht ausdrücklich erklärt, daß der Beitritt zu einer Verbindung „auch durch konkludente" d. h. den Zweck der Verbindung fördernde Handlungen erfolgen könne — etwas so selbstverständliches, daß die Chemnitzer Richter offenbar eine besondere Erwähnung für überflüssig hielten. Oder versteht es sich nicht von selbst, daß z. B. ein irischer Bauer, der sich einer „Mondscheinbande" anschließt und ihre Züge mitmacht, der „Verbindung" angehört, auch wenn er dies nicht vorher formell in Worten erklärt hat? Wem dies Beispiel nicht treffend erscheinen sollte, weil es an Hochverrath und Aufruhr anstreift, der suche sich ein anderes: z. B. eine „Verbindung", welche die Unterstützung eines gemaßregelten katholischen Pfarrers zum Zweck hat.

Kurz, es wird Niemand einfallen, die Richtigkeit der scharfsinnigen Reichsgerichtsentdeckung zu bestreiten; aber was beweist sie? Wir meinen für den gewöhnlichen Menschen. Nichts, rein gar nichts. Denn um „konkludente Handlungen" im Sinne des Reichsgerichtserkenntnisses begehen zu können, muß man doch schon eine Verbindung im Sinne der §§ 128 und 129 haben, deren Zwecke durch diese „konkludenten Handlungen" gefördert werden sollen. Und da liegt der Hase im Pfeffer. Wir sind demnach genau auf dem alten Fleck. Indeß, juristische Menschen sind keine gewöhnlichen Menschen, und die juristische Logik unterscheidet sich so sehr von der ordinären Logik, daß wir selten fehl gehen, wenn wir annehmen, daß sie stets das diametrale Gegentheil schlußfolgern.

Beiläufig klingt das Erkenntniß des Reichsgerichts außerordentlich gelehrt, und hat auch den Schein großer Scharfsinnigkeit. Bei dieser Gelegenheit wollen wir ein kleines Geheimniß verrathen. Für die Argumentationen der Herren Juristen gibt es ähnliche mechanische Hilfsmittel wie für die Berechnungen der Astronomie. Was für den Astronomen die Logarithmentafeln u. s. w. sind, das sind für den Erkenntnißgründe formulirenden Juristen die „Rechtsfeststellungen" früherer Erkenntnisse, aus denen sich im Lauf der Jahrhunderte, ja Jahrtausende — denn wir stecken ja noch tief im römischen Recht — sich Rechtsschablonen herausgebildet haben, nach welchen handwerksmäßig und rein mechanisch die scheinbar verwickeltsten Deduktionen aufs Papier gemalt werden können — wie vom Zimmeranstreicher nach einer „Patrone" die schönsten und zierlichsten Tapetenmuster.

Die Leser des Parteiorgans werden sich z. B. erinnern, daß während der § 131-Prozeß-Epidemie vor 4 und 5 Jahren die Richter sich an eine bestimmte, feststehende Formel gewöhnt hatten, in welche, wie in das Bett des Prokrustes, jedes Verbrechen und jeder Verbrecher gewaltsam hineingepreßt ward — nach der gut kossuthischen Maxime: Der Bien muß!

Und der kundige Thebaner, der das Reichserkenntniß in Sachen des Chemnitzer Prozesses verfaßt hat, besitzt etliche Dutzend derartige Schablonen, mit denen er, bei einigem Fleiß, quantitativ wie qualitativ noch weit Bedeutenderes hätte leisten können. Allein die Weihnachten waren vor der Thüre, und da ist man nicht grade in arbeitslustiger Stimmung. Und schließlich kommt es ja auch auf Quantität und Qualität nicht an — die trockene Guillotine der Justiz ist so gut eingerichtet, daß sie, nachdem nun der richterliche Krauts seine Weisung erhalten hat, sicherlich nach Wunsch und Kommando funktioniren wird.

rk. Die sozialdemokratische Fraktion wird nach den Ferien zwei neue Initiativanträge einbringen: ein Gesetz zum Schutze der Wahlfreiheit und einen Antrag auf Abschaffung des berüchtigten Dynamitgesetzes. Wie unseren Lesern bekannt, war das Dynamitgesetz gegen die Sozialdemokratie gerichtet, hat aber in Wirklichkeit nur politisch ganz indifferente Leute getroffen. Wir sagten: es war gegen die Sozialdemokraten gerichtet. Man mißverstehe uns nicht. Die Urheber dieses dümmsten aller jemals von den Reaktionären ausgetüftelten Repressionsgesetze wußten so gut wie wir, daß die Sozialdemokraten kein Dynamit brauchen, sintemalen sie auch ohne diese ultima ratio der politischen Verzweiflung und der Verzweiflungspolitik mit ihren Feinden fertig zu werden vermögen; und man war auch scheinehrlich genug, zu sagen, daß das Gesetz nicht den Sozialdemokraten, sondern den sogenannten Anarchisten gelte — allein Anarchist und Sozialdemokrat ist ja, wie die Herren Reaktionäre, die Puttkamer und Konsorten, in ihren Reden und in ihren Zeitungen hundertmal gesagt haben, nur ein verschiedener Ausdruck für wesentlich dasselbe Ding — Anarchisten und Sozialdemokraten erstreben das Nämliche, und der einzige Unterschied, der zwischen ihnen zu bemerken, ist nur ein Gradunterschied — die Sozialdemokraten sind verschämte Anarchisten, und die Anarchisten sind kouragirte Sozialdemokraten, die kein opportunistisches Blatt vor den Mund nehmen.

Mit einem Worte, das Dynamitgesetz gehört in die Reihe jener Maßregeln, welche das Bismarck'sche System hauptsächlich zu dem Zwecke anordnet, ein unbestimmtes Gefühl der Angst vor irgend etwas Ungeheuerlichem zu verbreiten, und den Glauben an das Rothe Gespenst nicht aussterben zu lassen. Die Hödel- und Nobiling-Polizeimythologie, das Sozialistengesetz, die Köpfung Hödel's, die Hochverrathsprozesse, die Köpfung Reinsdorff's und Lieske's — das sind Glieder einer Kette, von der auch das Dynamitgesetz ein Theil ist.

Genug: das Dynamitgesetz hatte einen seinen Urhebern sehr unerwarteten und unerwünschten Erfolg; es wurde zu einer förmlichen Falle für Personen, die geschäftlich und berufsgemäß mit Dynamit zu thun haben. Dutzende und Dutzende solch' harmloser Leute wurden zu schweren Strafen verurtheilt, wohingegen nicht ein einziger Sozialdemokrat oder Anarchist in den Maschen dieses stupiden Gesetzes hängen geblieben ist.

Der Antrag auf Aufhebung des Dynamitgesetzes wird eine treffliche Gelegenheit geben, die Politik unserer Feinde zu brandmarken, für vergangene, zur Zeit nicht genügend beleuchtete Schandthaten nachträglich noch die verdiente Züchtigung zu appliziren, und nebenbei auch das, von einem großen Theil der Partei nicht ganz gebilligte Benehmen der Fraktion beim Zustandekommen dieses Gesetzes in das richtige Licht zu stellen. Wir erwähnen letzteren Punkt, weil er zur Einbringung des Antrags wesentlich beigetragen hat.

Der Antrag betreffend den Schutz der Wahlfreiheit ist nur die Wiederholung eines schon vor 1878 seitens der sozialdemokratischen Fraktion gestellten Antrags. Es wird die Vornahme der Wahl an einem Sonn- und Feiertag und ferner die Einführung der Kouverts u. s. w. gefordert.

Von der Forderung des Proportionalwahlsystems, obgleich man sich mit demselben einverstanden erklärte, wurde deshalb Abstand genommen, weil ein dahin zielender Gesetzentwurf die umfassendsten Detailbestimmungen enthalten müßte, deren Ausarbeitung, selbst in skizzenhafter Form, mehr Zeit in Anspruch nehmen würde, als sich für eine zunächst nur akademische Forderung verlohnt. Der Redner, dem die Begründung des Antrags zufallen wird, ist aber beauftragt, für das Proportionalwahlsystem einzutreten und dessen Grundzüge zu entwickeln.

— Die Frankfurter Friedhofs-Metzelei soll ungesühnt bleiben! Die Untersuchung, welche zur Beschwichtigung des öffentlichen Gewissens anfangs mit großem Geräusch in Szene gesetzt ward, ist vollständig eingeschlafen, und aus allerhand Andeutungen in den Zeitungen ersehen wir, daß die Behörden nicht daran denken, die Urheber und Veranstalter jenes schurkischen Polizeiattentats zur verdienten Strafe zu ziehen. Speziell der Mordhallunke Mayer wird jetzt als ein Lamm von Sanftmuth hingestellt.

Genug — wir müssen durch dieses Todtschweige- und Vertuschungssystem einen dicken Strich machen. Im Reichstag wird die Angelegenheit bei Diskussion der „Denkschriften" über den Belagerungszustand zur Sprache gebracht werden. Allein das reicht nicht aus, und es wäre sehr gut, wenn seitens der näher Eingeweihten auch in der Presse vorgegangen würde.

— Die verkehrte Welt. In unserer besten der Welten, wo der Diebstahl die Heiligkeit des Eigenthums, der Ehebruch die Heiligkeit der Familie und der Meineid die Wahrheit und Tugend predigt und die Menschheit erlösen will, kann es uns nicht Wunder nehmen, wenn statt der Urheber eines Verbrechens die Opfer derselben in Anklagestand versetzt werden. Der rothe Mordhallunke Mayer in Frankfurt wird nicht vor Gericht gestellt oder soll es wenigstens nicht werden, dagegen hat Genosse Leyendecker in Mainz, der mit knapper Noth den Brutalitäten des besagten Mordhallunken entging, eine Anklage auf Verletzung des § 116 — des bekannten „Auflaufparagraphen" — erhalten.

Aufrichtig gesprochen, ist uns das sehr lieb. Abgesehen davon, daß es uns stets freut, wenn unsere Feinde die Maske fallen lassen und die Institutionen unserer musterhaften Staats- und Gesellschaftsordnung sich in ihrer wahren Gestalt zeigen, betrachten wir es als einen großen Vortheil, daß die Frankfurter Kirchhofsmetzelei vor die Gerichte kommt — und wenn unsere Genossen auch zwanzigmal dabei auf der Anklagebank zu sitzen haben. Die Rollen werden bald vertauscht sein und die Angeklagten als Ankläger den Urhebern jenes Schurkenstreiches sowie deren Werkzeugen und Mitstrolchen gegenübertreten.

Wir glauben übrigens, daß, falls der Antrag auf Verlängerung des Sozialistengesetzes erst nach Beendigung der Etatsdebatte eingebracht werden sollte, sich wohl eine Gelegenheit finden würde, die Frankfurter Kirchhofs-Metzelei schon vorher im Reichstage zur Sprache zu bringen.

— Das Reichsgericht sorgt dafür, daß seine Lorbeeren recht oft erneuert werden, also stets frisch vorhanden sind. Vor den Weihnachten die Richtigerklärung des freisprechenden Chemnitzer Urtheils, nach den Weihnachten die Kreirung*) und die Verurtheilung eines „Hochverräthers". Das Papstthum braucht Heilige, und „kreirt" sie je nach Bedarf; und das deutsche Kaiserreich braucht „Hochverräther", die es sich durch das Reichsgericht nach Bedarf und in genügender Menge „kreiren" läßt. Die „Kreirung" von „Hochverräthern" ist ebenso leicht, und erfolgt nach einem bestimmten Rezept — ganz wie die Kreirung der Heiligen.

Das Rezept ist sehr einfach. Nimm ein leichtgläubiges Individuum, dessen Eifer in umgekehrtem Verhältniß zu seiner Urtheilskraft steht; bringe es mit einem beliebigen Polizeispitzel in Verbindung, der die nöthigen Rathschläge ertheilt; lasse besagtes Individuum unter den Augen des Polizeispitzels ein paar Exemplare des „Rebell", der „Freiheit" oder einer ähnlichen papiernen Attrappe möglichst auffällig „verbreiten" oder lasse es — der Abwechslung halber — ein paar Dynamit-

*) Kreiren = schaffen.

nben legen, eine Mine graben u. s. w. Sind die Ingredienzen dann chtig gemischt und ist Alles hübsch gar, so wird das Gericht vom euer genommen — Pardon, so „entdeckt“ die Polizei das geübte er geplante Verbrechen; der oder die „Verbrecher“ werden verhaftet d vor das Reichsgericht gestellt; und das Reichsgericht „kreirt“ dann n oder die Hochverräther.

Die Hochverräther sind freilich darnach. Der Letztkreirte unterscheidet h in nichts von seinen Vorgängern. Ein armer Teufel, der den bie- ren Peukert ernst nahm und unter polizeilicher Aufsicht Exemplare s „Rebell“ verbreitete — das ist der neueste Hochverräther von eichsgerichts-Gnaden. Er heißt Karl Johann Scupin. Die erhandlungen tragen das übliche Gepräge. Keine Spur von jenem ftigen Ringen, von jenem Aufeinanderplatzen feindlicher Prinzipien, in wirklichen politischen Prozessen vorzukommen pflegt. Der geklagte ist hilflos in den Händen seiner Ankläger und Richter, die mit derselben Leichtigkeit und Gemüthsruhe abschlachten, wie eine chin ein Huhn. Die Prozedur ist so simpel und so mechanisch, daß die ren Ankläger und Richter sich nicht einmal zu dem sonst obligaten athos sittlicher Entrüstung aufschwingen. Vielleicht hielten sie es auch cht für nöthig und dachten zu sehr an die Freuden des bevorstehenden lvester.

Genug — die Kreirung des neuesten „Hochverräthers“ und seine urtheilung ging ohne jegliche Störung in aller Form „Rechtens“ r sich. „Zwei Jahre und ein Monat **Zuchthaus** und drei hre Ehrverlust“ — so lautet das Urtheil.

„Auf Zuchthaus war zu erkennen, weil die Handlungsweise des An- klagten einer ehrlosen Gesinnung entsprang.“

Wir haben den stenographischen Prozeßbericht von Anfang bis zu de aufs Sorgsamste durchgelesen, jedoch von einer „ehrlosen Gesin- ng“ des Angeklagten haben wir nichts zu entdecken vermocht. hrlose Gesinnung haben wir allerdings entdeckt, aber nur bei nen, welche sich dazu hergeben, solche „Hochverräther“ zu kreiren in Handlungen, die — seien sie noch so unklug — unter allen ständen auf edle Motive zurückzuführen sind, eine „ehrlose Gesin- ng“ hineinzulegen. Es ist das dieselbe Ehrlosigkeit und Nieder- cht, welcher das in den deutsch-russischen Auslieferungsverträgen zum Ausdruck gelangte Streben entspringt: die ssischen Verbrecher zu gemeinen Verbrechern zu mpeln.

Die Nachwelt wird über diese Ehrlosigkeit und Niedertracht ihren hspruch abgeben. Und hoffentlich dauert es nicht lange!

Einstweilen merke man sich die Namen der Ankläger und Verurtheiler. r citiren nach dem stenographischen Bericht:

„Der Gerichtshof — der vereinigte II. und III. Strafsenat des chsgerichts — besteht aus dem Herrn Senatspräsidenten Drenckmann als Vorsitzenden, den Herren Reichsgerichtsräthen Thewalt, Schwarz, Kirchhoff, Krüger, Stechow, Petsch, Dr. Spies, Lenz, Dr. Freiesleben, Dr. Mittelstaedt, Schoper, von Zezold und Calame; die Staatsanwaltschaft vertritt Herr Reichsanwalt von Wolff; das Protokoll der Verhandlung führt Herr Amtsrath Schleiger, die Vertheidigung des Angeklagten Justizrath Arnsts von Leipzig.“

Ehre, wem Ehre gebührt!

Zur Vervollständigung sei blos noch bemerkt, daß, wie in all' diesen „Hochverraths“-Prozessen, die „Vertheidigung“ blos pro forma figurirt. s handelt sich ja ums Verurtheilen.

— Eine verunglückte Ausweisung. Bismarck's Bill, der Zeit als Landrath des Kreises Hanau sich zur Nachfolge Puttkamer's rbeitet — Jesko muß in Kamerun eine Entsettungskur ohne Schwaninger anstellen — machte neulich einen Versuch, durch eine Auf- ehen erregende „That“ sein administratives Genie vor aller Welt zu urkunden. Aber leider erging es ihm damit, wie mit seiner Rede vor n Berliner Wählern: statt der erhofften Lorbeeren erntete er allge- eine Hohngelächter. Die Rohheit der Gesinnung, welche die Hunde- ere für schlimmer erklärte als die Aechtung von über 50,000 Ber- er Arbeitern, hatte dem hoffnungsvollen Sprößling des Mannes von Blut und Eisen den Gedanken eingegeben, die Zigeunertruppe Teyko, s 15 Personen bestehend, mit Wagen, Pferden u. s. w. vom Land- thsamt Hanau nach Bayern auszuliefern und von hier aus per Bahn die österreichische Grenze nach Waldsassen spediren zu lassen. Die erreichische Regierung weigerte sich jedoch Mangels genügender Legiti- tionspapiere, ganz entschieden, die Zigeuner auf österreichisches Ge- et übertreten zu lassen, weshalb der ganze Trupp auf demselben ege wieder in den letzten Tagen nach Unterfranken zurückgeliefert und m Landrathsamt Hanau wieder überwiesen wurde.

Arner — Schürzenheld!

— Des deutschen Reiches wichtigster Mann. Der Ber- er Polizeidirektor Krüger, von dessen Brutalität namentlich die 78 in Berlin verhafteten Russen ein Lied zu singen wissen, ist als ommissarischer Hilfsarbeiter“ (will heißen als Stieber II) in das swärtige Amt berufen worden. Seine Verwendbarkeit hat er dem nker Deutschlands dadurch dokumentirt, daß er ihn auf Schritt und ritt durch kräftige Schutzleute behüten ließ. Bismarck hat zwar sonst r geleistete Dienste kein besonderes Gedächtniß, aber für seine Hunde ie er stets eine rührende Liebe und Sorgfalt an den Tag. Und was m Sultan und Tyras billig, ist dem Krüger recht.

— Da nächstens der Antrag auf Verlängerung des ozialistengesetzes eingebracht werden muß, so hat die Polizei timmung zu machen. Es wundert uns deshalb nicht, daß das zialistengesetz jetzt wieder strenger gehandhabt wird. Die Ausweiung Biereck's aus Leipzig, das Verbot eines harmlosen, vom lksparteiler Gilles in Elberfeld herausgegebenen Blattes — ie und ähnliche Maßregeln haben keinen anderen Zweck, als die Ver- grung des Sozialistengesetzes vorzubereiten.

„Komödie muß sind.“ Und unsere Leser wissen ja, daß regelmäßig Verlängerung des „Kleinen“ dieselbe Polizeikomödie gespielt zu rden pflegt.

— Die amerikanische Korruption ist in den deutschen ungen ein stehendes Thema. Thut es doch dem patriotischen Gemüth wohl, nach einem Bericht über Tammany- ꝛc. „Ringe“ sich mit Genug- ung auf die Brust klopfen und ausrufen zu können: Gott sei Dank, etwas wäre bei uns unmöglich!

Nun ja, von Millionen-Gaunereien hört man in Deutschland weniger, on weil die Verhältnisse im Allgemeinen nicht großartig genug sind, m solche zu ermöglichen, und weil da, wo Millionen ergaunert werden nen, sich diejenigen in den Raub zu theilen pflegen, welche das „Fett- chöpfen“ auf Grund historischer Gerechtsame betreiben und über der genannten öffentlichen Meinung stehen, die sich auch an sie nicht heran- agt. Wir erinnern nur an gewisse Papier- und Holzlieferungen und rgleichen. In der gottverfluchten Republik mit ihrer Oeffentlichkeit d ihrer Ignorirung historischer Privilegien würde man es nicht bei ächternen Anspielungen haben bewenden lassen, hinter welche sich in sserm — Gott sei Dank! — monarchischen Deutschland die Kritik der ohen verkriecht.

Sehen wir aber ab von der relativen Größe der Summen, um die es h handelt, so hat das moderne Deutschland von Tag zu Tag weniger sache, Amerika um seine Tweed und Konsorten zu beneiden. Mit dem berhandnehmen der Frömmigkeit und Königstreue wächst auch in er- ulicher Weise die — nun, wie sagen wir gleich? — die krumme and. Was sagt z. B. der romantische Schwärmer für die Reinheit des utschen Beamtenthums zu folgender Notiz, die wir einer der letzten mmern der „Frankfurter Zeitung“ entnehmen:

„Es war lange bekannt, daß die Stettiner Chamottefabrik ktiengesellschaft in Pommerenzdorf bei Stettin ein Konto von aunenerregender Höhe: „geheimer Dispositionsfonds“ hrte. Ueber dieses Konto verlangten einmal die Revisoren vom Direk- n Aufschluß, welcher einfach verweigert wurde, und so blieb es beim lten, man sah ein, wer gut schmiert, der gut fährt, gab boch trotz der reichlichsten Abschreibungen Dividenden bis zu 50 pCt. ie Gesellschaft liefert vorzugsweise an Gasanstalten, hat z. B. für den ubau der Gasanstalt Elberfeld auch das geringwerthigste Material an Thüren der leistungsfähigsten rheinischen und westfälischen Werke rbeigefahren, trotzdem in Stettin weder Kohlen noch Thon vorhanden ld. Schon die Fracht von Stettin nach Elberfeld allein ist größer als r Materialwerth resp. das fertige Produkt der Nachbarwerke Elberfelds franko Gasanstalt Elberfeld. Dieser Auftrag betrug weit über 100,000 Mk. Der Preis der Chamotteprodukte beträgt 20 bis 25 Mk. pro 1000 Kilo, die Stettiner erzielen aber bis und über 120 Mk., also 4—6fach mehr. Andere Fabrikanten können auch nicht hereinkommen, trotz bester Qualität und billigster Preise. Die Herren Direktoren, Verwalter, Inspektoren, Gasmeister behaupten meistens: „Es ist doch allgemein bekannt, daß das Stettiner Material das beste ist, fragen sie doch nur den und den, die hervorragendsten Koryphäen des Gasfaches!“ — „Ich versuche Ihr Material nicht.“ — Wendet sich dann der Fabrikant an den Präsidenten oder an ein Mitglied der Gaskommission ꝛc., von dem es gehört hat, daß es schneidig und gegen „Klüngel“ ist, so werden die Referenzen, welche natürlich nach Wunsch ausfallen, eingezogen, die Sache geht ad acta, der Direktor, Inspektor, Gasmeister ꝛc. hat „Recht“ und reibt sich die Hände. Es ist so weit in dem Gasfache gekommen, daß fast in ganz Deutschland nur die Stettiner „gutes“ und „brauchbares“ Material liefern! Die Gesellschaft hat Aufträge erhalten, wo sie über 100,000 Mk. theuerer war als die Konkurrenz. Zu einer Reihe von Häusern Sachsens und Bayerns ist bei dem Neubau der Gasanstalten gar nicht einmal Jemand von der Konkurrenz gefragt, trotzdem Sachsen mit dem angrenzenden Schlesien und Böhmen, sowie Bayern mehr Thon- und Chamottewerke besitzen als der übrige Kontinent, und die Stettiner grade von hierher das Material holen, um es mit den einfachsten, längst bekannten Manipulationen verarbeitet, wieder zurückzusenden.“

So wörtlich zu lesen in der Nr. 363 der „Frankfurter Zeitung“. Man setze statt Stettin, Elberfeld, Sachsen und Bayern beispielsweise New-York, Chicago, Pennsylvania und Ohio, und Niemand wird darüber staunen, daß die ehrenwerthen dortigen Gasanstaltsdirektoren sich „gut schmieren“ ließen und dafür auf Kosten der Steuerzahler das Material zu doppelt und dreifach — oben heißt es sogar sechsfach — so theuren Preisen ankauften als es zu haben war. Aber wer hätte geglaubt, daß so etwas in Deutschland, dem Lande der Gottesfurcht und frommen Sitte, möglich wäre? Und doch, und doch — der tagendhafte Hund, er frißt. Wir sind eben fortgeschritten: den Einflüssen der Luft des Reptilienfonds können sich selbst die Deutschesten der Brutusse nicht entziehen.

— Blauer Dunst. Zu den häßlichsten Eigenschaften, die das menschliche Gemüth vergiften, gehören unzweifelhaft der Neid und die Habsucht. Die Kirche brandmarkt sie als Todsünden, die um jeden Preis ausgerottet werden müssen, sollen die Menschen ein gottgefälliges Leben führen. Ist aber schon der von Neid und Habgier Besessene ein verdammenswerther Sünder, um wie viel mehr diejenigen, die diese Laster in den Herzen der Menschen zu wecken und zu fördern suchen. Jeder gute Christ wird uns beipflichten, daß Satansbrut eine noch zu milde Bezeichnung für sie ist.

Nichts ist nun mehr geeignet, diese niederträchtigen Eigenschaften zu entwickeln als die Lotterie. Sie ist ein wahres Teufelswerk, und als solches auch von den berühmtesten Kanzelrednern auf's Schärfste gegeißelt worden. Die Lotterie ist eine Spekulation auf die Habsucht und Dummheit zugleich. Das zeigt uns wieder recht deutlich eine Annonce, auf die wir jüngst in der liberalen Münchener „Allgemeinen“ stießen. „Blauer Dunst“ es ist, lautete sie, „durch eine allzu große Anzahl kleiner Gewinne Spieler anlocken zu wollen. — Das einzig Richtige sind viele große Treffer und viele hohe Mittelgewinne.“ Klingt diese Anpreisung nicht raffinirt satanisch? Die Hoffnung auf großen Gewinn soll die Leute zum Spiel verlocken — statt des frommen „Bete und Arbeite“ predigt man ihnen „spiele und gewinne“. Das ist die Giftmoral des gottlosen Materialismus, und zweifelsohne handelt es sich auch bei der in Frage stehenden Lotterie darum, Mittel für die verruchten Zwecke desselben aufzubringen.

Aber nein — täuschen uns unsre Augen? Wir sehen näher zu und lesen: „Nur die Deggendorfer katholische Kirchenbau-Lotterie besitzt solche in ausgedehntem Maße. Man kann gewinnen“ — und nun folgt die Aufzählung der hohen und Mittelgewinne, um den armen Leuten, welche diese Annonce lesen, das Geld aus der Tasche zu locken. Und nicht nur die liberale „Allgemeine“, sondern auch die gesammte katholische Presse Bayerns bis herab zum kleinsten Winkelblatt bringt diese infame Schwindelannonce.

Für einen Kirchenbau diese nichtswürdige Lotterie, bei der „man“ 120,000, 70,000, 50,000 ꝛc. ꝛc. Mark gewinnen kann, und bei der in 94 von 100 Fällen der leichtgläubige Taglöhner sein mühsam Erworbenes verlieren thut. Ist das nicht nett? Für unsern heidnischen Verstand ist zwar das Räthsel, wie sich der Appell an die niedrigsten Eigenschaften mit dem hohen, göttlichen Beruf der Kirche verträgt, etwas spitzig; wir erinnern uns zwar, einmal so etwas von „die Kirche hat einen guten Magen, die Kirche allein kann ungerechtes Gut verdauen“, gelesen zu haben, aber das war in einem ketzerischen Buch und wurde selbst da dem ††† Teufel in den Mund gelegt. Indeß was verschlagen unsere Bedenken? Das Räthsel ist mit Leichtigkeit zu lösen, man braucht nur eingeweiht zu sein in die Mysterien vom höheren — blauen Dunst.

— Die „Proletarisirung der Kaufleute“, schreibt man uns aus Siegen i/W., ist sprichwörtlich geworden. Zucht-, „Armen-“ und „Arbeitshäuser“ liefern sprechende Beweise. Die naturnothwendige Folge der kapitalistischen Produktionsweise: der ungeheuere Aufsaugungsprozeß, der wie ein Naturgesetz unaufhaltsam sein Werk verrichtet, hat auch den Kaufmannsstand in Mitleidenschaft gezogen und theilweise proletarisirt. Wenn es nur die Kaufleute allein wären! Journalisten, Lehrer, Studenten, Techniker, sie alle bleiben nicht verschont. Der Vorstand der „Arbeiterkolonie“ Wilhelmsdorf bei Bielefeld empfiehlt in dem zu Hannover erscheinenden „Manufakturist“ den Herren Chefs Kaufleute, die in benannter Anstalt Aufnahme gefunden. Wenn Jemand vor 30 Jahren gesagt hätte, im Jahre 1885 werden Kaufleute u. s. w. als „Vagabunden“ von der Landstraße aufgehoben und in ein „Arbeitshaus“ gesperrt werden, man hätte sicherlich die so Sprechenden für Tollhäusler erklärt. Und heute ist es Thatsache, kein Mensch zweifelt mehr daran.

Wir kennen nun die Wirkungen, forschen wir einmal nach den Umständen, unter denen sie zu Tage treten, und den verschiedenen Momenten, die dabei mitspielen. Daß der kapitalistische Aufsaugungs- und Konzentrirungsprozeß die Hauptursache der Proletarisirung der Kaufleute ist, ist bereits oben erwähnt, aber dieser Prozeß würde an sich nicht so rapide drückend auf das Niveau des kaufmännischen Berufes wirken, wenn nicht ein zweiter Umstand noch hinzukäme, der in gewissem Sinne freilich auch als Wirkung des ersten aufgefaßt werden kann: die absolut ungenügende Ausbildung der Kaufleute. Schreiber dieses ist seit zehn Jahren Kaufmann und glaubt sich in dieser Hinsicht für einen kompetenten Beurtheiler halten zu dürfen — es ist eher zu niedrig als zu hoch gegriffen, wenn ich behaupte, daß ein Drittel aller konditionirenden (ich spreche nur von diesen, da es bei selbstständigen Kaufleuten hauptsächlich auf den Kapitalbesitz und nicht auf die Kenntnisse ankommt; diesbezügliche Beweise beizubringen ist wohl überflüssig, ihre Zahl ist Legion) Kaufleute mit Bezug auf Wissen und Können nicht den Anforderungen entsprechen, die ihr Beruf erfordert — von der gesellschaftlichen Stellung, auf die sie Anspruch erheben, ganz zu schweigen. Greifen wir einmal eine der größten Branchen, die Schnittwaaren-Branche, heraus. Da werden junge Leute gesucht, die bereits Privatkundschaft mit Muster besucht haben, mit allen schriftlichen Arbeiten vertraut sind, das Dekoriren der Schaufenster „gründlich“ verstehen und „tüchtige“ Verkäufer sind. Ich kenne Kaufleute, die weder einen orthographisch und grammatikalisch richtigen Brief schreiben, noch etwas von der einfachen (!) Buchführung verstehen; Andere, die keine „Dekoration“ zu Stande bringen; wieder Andere, die keine Verkäufer sind. In größeren Geschäften ist die Arbeit getheilt, da haben Komptoiristen und Verkäufer besondere Posten. Die Handlungsgehülfen und Lehrlinge sind größtentheils von früh bis spät in Anspruch genommen, fast durchweg auch am Sonntag, und haben somit keine freie Zeit, sich etwa in schriftlichen Arbeiten u. s. w. privatim auszubilden.

Man würde allerdings unrecht thun, wollte man den Prinzipalen allein die Schuld an der mangelhaften Ausbildung der Handlungsgehülfen zuschieben. Letzteren, insofern solche unzureichend ausgebildet sind, fehlt auch theilweise die nothwendige Schulbildung, theilweise die Lust und Liebe zur Sache. Ich habe sehr viele Handlungsgehülfen kennen gelernt, habe aber selten einen gefunden, der belesen war, von wirklicher Bildung gar nicht zu sprechen. Und dieses kaufmännische Proletariat, diese geistlosen Herren, sprechen mit einer Kälte und Unverschämtheit von dem industriellen Proletarier, wie man es mir in nicht eingeweihten Kreisen kaum glauben wird. In meiner zehnjährigen Stellung als Kaufmann habe ich viele selbstständige und konditionirende Kaufleute näher kennen gelernt, ebenso in meiner politischen Stellung als Sozialist viele Arbeiter, aber ich kann ruhig sagen, daß ich unter den Arbeitern tausendmal mehr Intelligenz und Wissen gefunden habe, wie unter der sogenannten „gebildeten“ Klasse. Das „laissez faire, laissez aller“ ist den Handlungsgehülfen thatsächlich in Fleisch und Blut übergegangen, in ihnen sitzt nicht das Klassenbewußtsein, der Enthusiasmus, wie im industriellen Arbeiter. Im Handlungsgehülfen ist die Flamme des Emanzipationskampfes noch nicht angefacht, er ist seinem innersten Wesen nach prinzipienlos, muthlos. In größeren Städten kommen sie wohl auch in Versammlungen zusammen, und lassen sich von manchesterlichen Maulhelden und schöngeistigen Süßholzrasplern etwas vorreden, aber damit ist's abgethan.

Laissez faire, laissez travailler.

Auf alle ist das Vorstehende allerdings nicht anzuwenden, aber im Großen und Ganzen trifft es zu. Was Hecker von dem deutschen Volke gesagt hat, daß dasselbe nicht eher zur Besinnung kommen würde, bis man Riemen aus seinem eigenen Fleische schneide und es damit durchprügele, das gilt in erster Linie von dem Gros der Handlungsgehülfen. In diesen das Klassenbewußtsein rege zu machen, dieselben aus ihrem verjumpften Individualismus aufzurütteln, das sei der Zweck dieser Zeilen. Die unerbittliche Logik der Thatsachen führt es uns vor Augen: die Proletarisirung der Kaufleute ist unumstößliche Wahrheit geworden. Diese Proletarisirung nimmt täglich größere Dimensionen an, die Reihen des Proletariats werden immer dichter.

Die Sozialdemokratie kann aus diesem Prozesse nur Vortheil ziehen. Je mehr Noth, desto mehr Unzufriedenheit, desto mehr Zersetzung, je rascher und mehr Zersetzung, desto näher und größer der Sieg. Gr.

— Die fromme Bourgeoisie. Die Rückkehr unserer weiland so ketzerisch gesinnten Bourgeoisie zur göttlichen Zuchtanstalt, Kirche benannt, macht immer weitere Fortschritte. So berichtet man der „Frankfurter Zeitung“ unterm 28. Dezember, aus Leipzig, der Metropole der deutschen „Aufklärung“:

„Leipzig ist in den letzten Jahren sehr kirchlich geworden. Noch vor 15 Jahren kam es, trotzdem es fast nur von Protestanten bewohnt ist, mit zwei lutherischen Pfarrkirchen aus. Inzwischen hat sich die Zahl auf vier erhöht, und flott wird weitergebaut. Die Reparaturbauten an der Nicolai-, Matthäi- und Thomaskirche werden bald einige hunderttausend Mark verschluckt haben, und in der jüngsten Zeit sind nicht weniger als **drei neue Kirchen** fertig geworden: das vor einigen Wochen eingeweihte Kirchlein der englisch-amerikanischen Gemeinde, die Lutherkirche, welche im Februar eröffnet werden soll, und die neue Peterskirche (die alte an der Schillerstraße macht der Reichsbankfiliale Platz), welche gestern ihre Weihe erhielt . . .“

„Es kann nicht in Abrede gestellt werden“, fährt der betreffende Korrespondent fort, „daß die Silhouette unserer an Thürmen armen Stadt durch die letztgenannten beiden Bauwerke wesentlich gewonnen hat; namentlich verleiht der alle anderen Thürme überragende gothische Peersthurm der Stadt Leipzig unverkennbar einen großen Schmuck, wie auch die neue Peterskirche sämmtliche ältere Kirchen an Schönheit wesentlich überragt.“

Und nun folgt ein Ausfall auf einige Geschmacklosigkeiten an an der neuen Peterskirche, so daß man annehmen muß, daß, wenn der künstlerische Standpunkt des Herrn sich nicht verletzt fühlte, er gegen den Bau dieser Kirche ebensowenig einzuwenden hätte, wie gegen den Bau irgend eines anderen Gebäudes. Und auch das ist bezeichnend für den Geist unserer Zeit. Der eine Theil der Bourgeoisie frömmelt, der andere ästhetisirt, ihm ist die Form Alles, der Kern Nebensache oder gar nichts. Sollten wir entscheiden, wem von beiden wir die Palme der größeren Gemeinschädlichkeit zuertheilen sollten, die Wahl würde uns wirklich schwer. Die Kirche züchtet eine abgeschmackte Gesinnung, aber doch wenigstens eine Gesinnung, der „Kultus des Schönen“ dagegen, wie er heute betrieben wird, züchtet die Gesinnungslosigkeit, die stupide Indifferenz, der man bei unseren Akademikern auf Schritt und Tritt begegnet. Er ist um so gefährlicher, als er sich in ein verführerisches Gewand zu kleiden weiß, während die Kirche, je mehr sie ihrem neuerdings an sie gestellten Beruf, der Verinnerlichung der Religion zu entsprechen strebt, durch krassen Puritanismus immer wieder abstößt. Die Kunst, auf die Spitze getrieben, verweichlicht — die Religion aber ruft, bei jedem Schritt vorwärts, neuen Widerspruch hervor und fördert so wider Willen die Kritik. Gerade ihre Albernheit ist das Ungefährliche an ihr.

Was nun speziell die Leipziger Peterskirche betrifft, so müssen wir gestehen, daß, was den Korrespondenten der „Fr. Ztg.“ verdrießt, uns großen Spaß macht. Hören wir ihn:

„Läßt sich somit schon Vieles gegen das Gebäude in seiner Totalität — es ist nämlich in frühgothischem Stil erbaut — einwenden, so noch mehr in seinen Einzelheiten. Die älteren Kirchen Leipzigs hat man in den letzteren Jahren von den häßlichen Anbauten, welche im Laufe der Jahrhunderte entstanden sind, gereinigt; die neue Peterskirche hat man gleich von vornherein mit einem halben Dutzend solcher Anhängsel verunziert. Namentlich machen die Priesterstuben an der Ostseite, die wie Carousels zur Nachtzeit aussehen, mit ihren kohlenmeilerförmigen Dächern einen überaus widerwärtigen Eindruck. Das Unerreichbare aber hat man geleistet mit dem Schmucke aus der Thierwelt, der aller Orten an dem Gebäude angebracht ist. Zunächst präsentiren sich über zwei Thüren ein Paar freistehende Raubvögel, die man, nach der Größe zu schließen, für Mäusebussarde halten kann. Ferner ist an einer hervorragenden Stelle des südöstlichen Giebelrandes ein Storchnest sammt Storch in Stein gehauen zu erblicken. Unmittelbar darunter befindet sich die Taufschale; ein Schalk meinte, das Symbol darüber soll die Sage versinnbildlichen, daß der Storch die Kinder bringe. Allerdings sehr naiv! Das Ungeheuerlichste sind aber fünf häßliche, etwa 1½ Meter große Hunde, welche am Ostende der Kirche auf hohen Pfeilern aufgestellt sind. Da nun die Hunde ihr Gesicht den beiden gegenüberliegenden Schulen, der höheren Töchterschule und der 5. Bürgerschule, zuwenden, so meinte jener Schalk, es sollten die symbolischen Gestalten da oben das Verhältniß der Kirche zur Schule darstellen. Das wäre in der That boshaft.“

Nein, nicht boshaft, sondern wahr. Der Raubvogel symbolisirt die Habgier, der Storch mit der Taufschale die Fruchtbarkeit der Pfaffen, und die Stellung der Kirche zur Schule konnte wirklich nicht besser gekennzeichnet werden als durch die Stellung der Hunde: sie passen auf, daß den Hirten dahrinnen kein Schaaf abtrünnig gemacht werde.

— Aus unseren Bruderorganen. Unter dieser Rubrik werden wir von jetzt ab Auszüge aus den wichtigeren Artikeln der parteigenössischen Presse des Auslandes zur Kenntniß unserer Leser bringen.

Unter der Ueberschrift „1885—1886“ schreibt unser flämisches Bruderorgan, der Genter „Toekomst“:

„Ist das Jahr 1885 für viele Armen ein Jahr der Leiden und des Kummers gewesen, so war es für die Partei der Armen, für die belgische sozialistische Arbeiterpartei, ein Jahr tüchtiger Propaganda und raschen Fortschritts. . . . Der Aufschwung war in ganz Belgien ein gleichzeitiger, aber in Flämisch-Belgien nahm die Propaganda ihren Anfang. Unser erst vor einigen Monaten ins Leben gerufenes Tagesorgan „Vooruit“ erscheint jetzt sechsmal wöchentlich, während die „Toekomst“ ihr Format vergrößerte. Die Auflage des „Vooruit“ ist im Laufe der Woche 4000, Samstags 10,000.

„In Gent errichteten wir unsere erste Volksapotheke, in welcher die Käufer ihre Medikamente um die Hälfte billiger bekommen als in den anderen Apotheken, und die so gut geht, daß wir binnen einigen Wochen noch zwei neue Apotheken eröffnen werden. . . .

„Allsonntäglich sind Versammlungen über Versammlungen abgehalten worden in den Städten und Dörfern von Ost- und Westflandern, Antwerpen und Brabant, wo wir glaubten, daß der religiöse Fanatismus das Volk unzugänglich gemacht habe für das Rechtsgefühl, für den Drang nach Freiheit. Mit Begeisterung wurde der Sozialismus aufgenommen von einem großen Theil der Arbeiterbevölkerung von Ostende, Ypern, Kortrijk (Courtray), Aalst, Ninove, Mecheln, Löwen, Koekelberg, Ledeberg, wo neue sozialistische Sektionen, Krankenkassen oder Vereine für allgemeines Stimmrecht gegründet wurden; und in Brügge, Meenen,

Dendermonde, Lokeren, Geerardsbergen, Boom, Willebroek und anderen Orten, wo ähnliche Organisationen im Entstehen begriffen sind. . . .

„Flandern ist nicht mehr im ausschließlichen Besitz von Priestern und Ausbeutern — nein, Flandern erwacht mehr und mehr und schließt sich immer mehr der Freiheitssache an. In allen flämischen Städten haben wir entschlossene junge und alte Arbeiter gefunden, die mit Feuer und Talent der Arbeitersache dienen und kräftig für die Verbreitung der volkserlösenden Lehre des Sozialismus wirken. . . .

„Unsere Antwerpener Freunde haben den „Werker", den alten Kampfesbruder, vergrößert, ihre Bäckereien sind im Zunehmen, sie haben Grund gelegt zu einem eigenen Lokal, und sind voller Hoffnung, im Jahre 1886 eine starke Partei in der Scheldestadt zu bilden.

„Das hochherzige Eingreifen der Genter Sozialisten beim Streik der Kohlengrubenarbeiter (sie sandten den Streikenden 20,000 Brode aus der Bäckerei Vooruit. Red. des S.-D.) gab im Wallonenland das Signal zum Aufschwung. In Brüssel, in Verviers und im Zentrum hat die Agitation von Neuem begonnen und hat man sich immer mehr überzeugt, daß die Arbeiterkräfte in Belgien sich eng aneinander schließen müssen, um etwas ausrichten zu können.

„Auf den Kongressen von Brüssel und Antwerpen wurde die belgische Arbeiterpartei gegründet. Ihre Bedeutung liegt nicht so sehr in den Beschlüssen als darin, daß alle theilnehmenden Arbeitervereinigungen ihre Pflicht gut begreifen.

„Und zum Schluß das Beste: die Gründung des „Peuple", des in Brüssel täglich erscheinenden Organs. Das Wallonenland hat somit endlich auch sein sozialistisches Tageblatt, und die Männer, die es redigiren und leiten, bürgen uns dafür, daß es den guten Kampf kämpfen wird.

„Vorwärts! Möge die Losung der Genter Sozialisten durch ganz Belgien erklingen!"

So die „Toekomst". Und wir rufen ihr und den unermüdlichen belgischen Genossen ein freudiges Bravo! zu.

Im Newyorker „Sozialist" vom 19. Dezember kündigt das neugewählte National-Exekutiv-Komite der Sozialistischen Arbeiterpartei an, daß es seine Funktionen angetreten habe. Dasselbe besteht aus den Genossen: J. Bordollo, E. Brückmann, C. Deroffi, H. W. Fabian, Alex. Jonas, Paul Kleemann, Reinhold Meyer, W. L. Rosenberg und Herm. Walther.

In derselben Nummer sagt der „Sozialist" am Schluß eines Artikels über den, Mitte Dezember in Washington abgehaltenen fünften Jahreskongreß der Föderation der nationalen Gewerkschaften der Vereinigten Staaten und Canada, auf dem ca. 280,000 Arbeiter vertreten waren und der sich für die Achtstundenbewegung aussprach:

„Im Gegensatz zu früheren Achtstundenbewegungen dieses Landes wird in der gegenwärtigen Bewegung von einer gesetzgeberischen Errungenschaft ganz abgesehen. Die Erfahrungen, welche unsere Arbeiter mit den einschlägigen Leistungen der Legislaturen gemacht haben, waren freilich dazu angethan, jedem anständigen Menschen allen Appetit an der Gesetzgeberei zu verderben. Mit dem „Gesetz" ist es also nichts. Auch wir wollen nicht lahm werden durch unthätiges Zuwarten. Demnach drauf und dran mit der gewerkschaftlichen Organisation! — Doch das letzte mit dem ersten in einen einander ausschließenden Widerspruch setzen, dürfen wir nicht. Weil die Sozialisten mit den nichtsozialistischen Gewerkschaften den achtstündigen Arbeitstag auf dem Privatwege erkämpfen wollen, dürfen sie nicht unterlassen, auf das Ungenügende des Privatweges aufmerksam zu machen und die Nothwendigkeit des politischen Verbandes zu betonen. Weil die Sozialisten die Einigkeit mit den Gewerkschaften anstreben, sollen sie nicht unterlassen, ihren kleinen Verband — wenn noch so klein —, ihren Radikalismus und ihre umfassendere Anschauung markant hervorzuheben.

„Wir wollen den Erfolg, und doch keine Erfolganbeter sein. Rechnungsträger gibt es immer genug. Ohne den Werth vermittelnder Zwischenträger zu verkennen, mögen wir doch stolz sein auf unsere Eigenheit, auf die seltene Tugend, welche weitsichtig und umfassend in der Gegenwart zugleich auch die Zukunft vertritt."

Auf die sehr interessanten Untersuchungen Dr. Stiebeling's über die Erzeugung und Vertheilung des Arbeitsertrags in den Ver. Staaten auf Grund der Zahlen des letzten Zensus kommen wir in einer spätern Nummer zurück.

— Recht passend für einen Anwalt des neuen deutschen Reiches ist folgender Nachruf, den wir dem Inseratentheil der „Allgem. Ztg." entnehmen:

„Durch den am 30. v. M. erfolgten Heimgang unseres lieben Vetters, des Herrn Eduard Freiherrn von Seckendorff-Rinhofen, Königlich Preußischen Wirklichen Geheimrath und Kaiserlich Deutschen Ober-Reichsanwalt, Exzellenz, hat unser Familienverband einen unersetzlichen Verlust erlitten.

„Die hohen Verdienste des Verstorbenen um die Gesetze unseres Vereins, seine große Umsicht und Gewandtheit bei der jahrelangen Leitung der Verhandlungen auf unseren Geschlechtstagen, wobei er, den Rechtsboden nie verlassend, doch auch der Billigkeit Geltung zu verschaffen wußte, sichern ihm, wie seine sich stets gleichbleibende Liebenswürdigkeit im Verkehr, unser Aller treues Gedenken.

„Braunschweig, 1. Januar 1886.

Der Vorsitzende des Familienraths:
General Freiherr von Seckendorff (Gutem), Herzogl. Braunschweigischer Oberst a. D."

Welcher Geist aristokratisch-feudalen Hochmuths leuchtet aus diesen Zeilen! Die Gesetze unseres Vereines, unsere Geschlechtstage — es muthet einen ordentlich mittelalterlich an, wenn man das liest. Und der Mann, zu dessen Lob sein Wirken auf diesen Geschlechtstagen hervorgehoben wird, hat vor dem Reichsgericht das moderne, bürgerliche, auf der „Gleichheit aller vor dem Gesetz" basirte „Recht" vertreten.

Freilich — fragt uns nur nicht, wie!

— Und da soll der Mensch nicht in sich gehen. Unserm Genossen Heine, der am 18. v. M. eine sechsmonatliche Gefängnißhaft im Amtsgerichtsgefängniß zu Halberstadt abgebüßt, wurde dort von deutschen Zeitungen außer dem Halberstädter Wurstblättchen nur der Stöcker'sche „Reichsbote" gestattet. Außerdem erhielt er Sonntags, da er als Dissident vom Kirchenbesuch befreit war, eine gedruckte Stöcker'sche Predigt und ähnliche Anleitungen zur Ertödtung der Denkfähigkeit. Anfangs hatte man ihm Lektüre aus der Reichstagsbibliothek nach Auswahl des ersten Staatsanwalts, dem die Oberaufsicht über das Gefengnß zusteht, gestattet, doch wurde die Vergünstigung bald wieder zurückgenommen, so daß Heine etwa fünf Wochen auf die alleinige Lektüre der Bibel angewiesen war. „Die Bibel ließ man ihm, das Herz zu bessern." —

Und er hat sie auch von A bis Z durchgelesen. Erst auf Beschwerde beim Justizminister gestattete man ihm wiederum weltliche Lektüre, aber nur englische und französische Werke, damit er seinen Mitgefangenen nicht von dem fürchterlichen Gift zu kosten gebe. Wie läuternd diese sinnreiche Pädagogik auf Geist und Gemüth des Missethäters gewirkt, wird sich ja wohl bald zeigen.

— Sozialistische Presse und Literatur. Unsere erste, hierher gehörige Notiz im neuen Jahre ist die Konstatirung eines kräftigen Aufschwunges der für die Sache der Arbeiter kämpfenden Presse.

Seit 3 Wochen schon besitzen unsere französisch redenden Genossen in Belgien ein eigenes Tagedlatt: „Le Peuple, Organ quotidien de la democratie socialiste."

Von den Redakteuren nennen wir C. de Paepe, L. Bertrand, Jean Volders. Das Verwaltungskomite besteht aus Delegirten der zur Partei gehörigen Arbeiterorganisationen.

In vergrößertem Format präsentirt sich uns seit Neujahr unser wackerer schweizerischer Mitstreiter „Grütlianer". Ist derselbe auch kein ausgesprochen sozialistisches Parteiorgan, so vertritt er doch, wo es gilt, mit Entschiedenheit die Sache der Arbeiter. Seine Auflage, die in den letzten Jahren stetig zugenommen hat, beträgt gegenwärtig 8500.

Aus New-Haven (Connecticut) geht uns seit einiger Zeit der „Workmens advocate (Vertheidiger der Arbeiter), offizielles Organ der vereinigten Arbeiterorganisationen von New-Haven und Umgegend" zu. Ein energisch gehaltenes Gewerkschaftsblatt.

Auch in Deutschland hat die speziell den Arbeiterinteressen gewidmete Presse neuen Zuwachs erhalten.

Glück auf!

Korrespondenzen.

Königsberg i/Pr., Ende November 1885. Zur Besprechung des Arbeiterschutzgesetzes sind hier zwei größere und vier kleinere Versammlungen abgehalten worden. Die Hälfte davon verfiel der polizeilichen Auflösung. Wie viel Unterschriften zur Petition vorhanden sind, läßt sich zur Zeit noch nicht bestimmt feststellen, da noch viele Listen zirkuliren (die beim Reichstag bis jetzt eingelaufenen Listen aus Königsberg ergeben 5374 Unterschriften). Eine Versammlung, in welcher wir unsern Standpunkt zur Landtagswahl — Wahlenthaltung — klarlegten, wurde aufgelöst, als Genosse Godau das Verhalten der Deutschfreisinnigen bei der Abstimmung über Verlängerung des Oktobergesetzes feige und erbärmlich nannte.

Bemerkenswerth ist noch eine Versammlung des hiesigen fortschrittlichen Handwerkervereins, in welcher Herr Elster, Professor der Nationalökonomie, einen Vortrag über Arbeiterschutzgesetzgebung und den Maximalarbeitstag hielt. Der Mann ist nationalliberal, und charakterisirt sich seine Parteistellung schon aus seinem Vortrage: Halbheiten, nichts als Halbheiten. Nach ihm ergriff der ebenfalls anwesende Reichstagsabgeordnete Dr. Möller das Wort, um — nicht seinen Standpunkt zum Normalarbeitstag klarzulegen, sondern den Deutschfreisinn gegen die Heidelbergerei herauszustreichen. Genosse Godau, welcher gleichfalls auf dem Platze war, ergriff ebenfalls das Wort, um die ganze Halbheit der beiden Herren und ihrer Parteien zu geißeln. Vornehmlich ersuchte er Herrn Prof. Möller um eine grade und reinliche Antwort, wie er sich zu der Frage der gesetzlichen Einschränkung der Arbeitszeit verhalte. Möller, so in die Enge getrieben, gab die Erklärung ab, daß er ebenfalls für Einschreiten der **Gesetzgebung** gegen die unbeschränkte Ausbeutung des Arbeiters sei. Unter ironischem Gelächter der anwesenden Genossen dankte Godau Herrn Möller für seine Erklärung und sprach seine Freude darüber aus, daß zu den 24 sozialdemokratischen Arbeitervertretern der 25. Fürsprecher für's Arbeiterschutzgesetz gewonnen sei.

Am 12. November fand Gerichtsverhandlung gegen Godau, Bunk und Schönlank statt. Dieselben waren angeklagt, an Stelle des verbotenen „Königsberger Volksblatt" eine Fortsetzung in Gestalt der von Rödiger in Gera redigirten und herausgegebenen „Politischen Wochenschrift" verbreitet zu haben. Die Anklage ist so haltlos, daß der Staatsanwalt beinahe 9 Monate gebrauchte, sie zu formuliren. Der Ankläger, Staatsanwalt Pleve, stützte sich auf einen Reichsgerichtsbeschluß, der Vertheidiger ebenfalls. Ferner führte der Staatsanwalt unser Zentralorgan ins Gefecht. (Eine Anzahl laufender Nummern war bei Godau beschlagnahmt worden.) Die Kopfnotiz, worin Vorsicht zur Täuschung der Behörden empfohlen werde, sollte beweisen, daß — die beiden Blätter, „Königsberger Volksblatt" und „Politische Wochenschrift", eines seien, ebenso die gleiche Tendenz beider Blätter. Auf diese genialen Deduktionen erwiederte Godau in einem Schlußwort, daß der „Sozialdemokrat" und sein Abonnement auf denselben hier gar nicht hergehören. Was die Tendenz anbelangt, so haben die beiden Blätter ein und dieselbe gehabt, ebenso wie die „Norddeutsche Allgemeine" und die konservative „Ostpreußische", ferner die „Königsberger Allgemeine" und die „Königsberger Hartung'sche" eine Tendenz haben, und doch verschiedene Blätter seien. Wäre die gleiche Tendenz ein erheblicher Grund, so müsse man logischer Weise auch die weiteren im Viereck'schen Verlage erschienenen und in Königsberg verbreiteten Zeitungen als Fortsetzung ansehen und verbieten. Was die ganze Anklage auf Grund des Ausnahmegesetzes selber anbelangt, so bemerkte er, daß er schon einigemal mit diesem „Gesetz" in Konflikt gerathen sei, auch einmal eine ziemlich erhebliche Strafe (6 Monate) auf Grund desselben erlitten habe, er habe damals aber sich sagen können, daß er es bewußt überschritten habe. Wenn er auch über das Gesetz eine eigene, von den Ansichten der Richter gewiß weit abweichende Meinung habe, so sei es doch immer ein Gesetz, und dieses Bewußtsein ließ ihn seine Verurtheilung mit einem andern Gefühl auffassen, als wenn er auf Grund dieser Anklage verurtheilt werden sollte. Genosse Bunk betonte, daß es ja Sache der Polizei gewesen wäre, das Blatt gleich zu beschlagnahmen, warum habe sie diese „Fortsetzung" zuerst 10 Wochen lang unter ihren Augen erscheinen lassen, um dann plötzlich einzuschreiten? Auch er beantrage seine Freisprechung. Nach halbstündiger Berathung theilte der Gerichtshof mit, daß er beschlossen habe, die Sache zu vertagen und Viereck nebst Rödiger zu vernehmen, ob die Gründung der Wochenschrift ihr Werk gewesen wäre, und ob sie das schon im Frühjahr 1884 geplant hätten. Schönlank, welcher durch Rechtsanwalt Heck vertreten war, sollte ebenfalls noch einmal vernommen werden. Rechtsanwalt Heck ist auch ebenfalls Vertheidiger der andern beiden Angeklagten. Beantragt hatte der Staatsanwalt für Schönlank 4 Wochen Gefängniß, Godau 14 Tage, Bunk 10 Tage oder 50 Mark Geldbuße.

Nachschrift. Am 22. Dezember referirte Genosse Liebknecht hier in einer, von zirka tausend Personen besuchten Arbeiterversammlung über „unsere wirthschaftliche und politische Lage". Nachdem er ungefähr 40 Minuten gesprochen, wurde die Versammlung polizeilich aufgelöst. Mit dem Gesang der „Marseillaise" und unter Hochrufen auf die Sozialdemokratie verließen die Anwesenden den Saal.

Warnung.

Die Offenbacher Genossen warnen dringend vor einem gewissen

Robert Marsch,

der sich als Brandschatzer, Verläumder und Denunziant erwiesen hat.

Näheres in nächster Nummer.

— **Warnung für Schuhmacher.** Die Firma Dreschfeld und Halberstadt in Offenbach am Main, deren Arbeiter im Ausstand sind, weil sie sich einen Lohnabzug von mehr als 30 Prozent nicht gefallen lassen wollten, sucht durch ihre Agenten Arbeiter von auswärts anzulocken. Wir ersuchen alle Arbeitskollegen dringend, dem entgegenzuwirken, wollen sie nicht eine allgemeine Lohnreduktion heraufbeschwören helfen. Es ist bekannt, daß Dreschfeld und Halberstadt schon seit jeher zu Schleuderpreisen lieferten, wie sie sonst nur bei Bankrotteuren üblich sind, die Herren betreiben die Ausbeutung in einer Weise, daß ihr Geschäft überhaupt gemieden werden sollte. Diese Mädchenschinder sind nicht werth, daß ein ehrlicher Mensch bei ihnen schafft.

Sache derjenigen Fabrikanten, welche sich stets mit dem Hinweis auf Schmutzkonkurrenz genannter Firma berufen, wäre es, jetzt die Offenbacher Kollegen durch Geldspenden, sowie dadurch zu unterstützen, daß sie die im Ausstand Befindlichen in anderen Geschäften unterbringen.

Jedenfalls, Kollegen, thut Ihr Eure Schuldigkeit!

Die Genossen vom oberen Main.

Quittung.

Von den Genossen in München Mk. 20 — empfangen zu haben, bescheinigt hiermit dankend

Wien, am 28/12. 1885

Der bekannte Genosse.

Nachruf.

Wiederum haben wir den Verlust eines unserer thätigen Genossen zu beklagen. Es ist dies der Maurer

Hermann Höhne,

den der Tod im besten Mannesalter dahingerafft. Seine unermüdliche Thätigkeit für die Arbeitersache hatte im Juni 1881 seine Ausweisung zur Folge. Gesund und kräftig verließ er seine Familie, krank und siech durfte er im heurigen Sommer — versuchsweise — zu derselben zurückkehren.

Doch selbst eine Wiedervereinigung mit der Familie konnte ihm die Gesundheit nicht wieder zurückgeben. Zu sehr hatte die vierjährige Trennung von seinen Lieben und das Elend der Heimathlosigkeit an dem Herzen dieses einst so kräftigen Mannes genagt.

Am 3. Dezember d. J. verschied er nach langem Leiden in den Armen seiner beklagenswerthen Gattin.

Zu dem Leichenbegängniß hatte sich eine große Anzahl von Genossen eingefunden, die zu dem reichen Blumenschmuck seines Sarges noch zwei Kränze im Namen der Sozialdemokratie wie der Krankenkasse, deren Mitglied der Verstorbene war, als Zeichen der Liebe und Anerkennung niederlegten.

Eine ihres Beschützers beraubte Gattin mehr, ein seines Erziehers beraubtes Kind mehr hat das Ausnahmegesetz geschaffen. Das Gemeinwesen, Staat wie Gemeinde, verloren in dem Verstorbenen einen braven Bürger, die Arbeiter einen thätigen Genossen.

Ehre seinem Andenken!

Zschocher bei Leipzig, den 24. Dezember 1885.

Briefkasten

der Redaktion: R. in B: Ein Verein dieser speziellen Richtung existirt hier nicht, dagegen besteht seit Kurzem ein Club slavischer Sozialisten, dessen Vereinslokal sich in Oberstraß bei Zürich, Friedenstraße, Weinberg 31 befindet. Sie finden dort über 30 sozialistische Zeitungen und Zeitschriften aus allen Kulturstaaten. — Einsendungen sind eingetroffen aus Breslau, Sonneberg, Werden, Leipzig, Konstanz. — Haß: Einsendungen erhalten, Artikel in nächster Nr. Gedicht baldigst. Frdl. Neujahrsgruß erwidere bestens. — Würzburg: 1,200,000 Franken. — Starkenberger: Ihre Zuschrift wurde seinerzeit Raummangels halber zurückgelegt, wenn Sie glauben, sie sei noch nicht veraltet, so steht ihrer Veröffentlichung nichts im Wege.

der Expedition: J. F. Paris: Bf. v. 29. erh. Betr. B. geeigneten Ortes Beleg recherchirt. Weiteres besorgt. — B. Burgdorf: Bfm. dkd. erh. — Rothenberg: Mk. 3 — Ab. 1. Qu. erh. Adresse geordnet. — Rothe Wanze: Mk. 2 — Abon. Jan. erh. Am 15/12. 85 avisirte Schrift traf bis heute noch nicht ein. Bfl. mehr. — Carbonari: Gut. Auf dem Weg werden sich die Wünsche aber schwer erfüllen. — Hambacher Schloß: Mk. 21 60 Ab. 1. Qu. u. Adr. erh. Bfl. Weiteres. — B.-VI.: Mk. 500 — à Cto. Ab. 2c. erh. u. Mk. 13 75 pr. Schft.-Fds. gutgebr. Weiteres bfl. — Gstw.: Mk. 21 — pr. Ab. erh. Nach Vorschrift Weiteres. — Oncel: Mk. 8 60 Ab. 1. Qu. erh. — K. M. E. Lk.: Mk. 6 — Ab. 1. u. 2. Qu. erh. Adr. geordnet. — P. F. Bél.: Mk. 3 — Ab. 1. Qu. erh. — Feuerländer: Mk. 100 à Cto. Ab. 2c. nebst Bf. u. Adr. erh. — A. W. Cbg.: Mk. 5 — Ab. 1. Qu. u. Schft. erh. Wunsch beachtet. — C. U. Gsdf.: Mk. 3 — Ab. 1. Qu. erh. Adr. notirt. — O. P. B.: Mk. 6 — Abon. 1. Qu. erh. — K. M. Stg.: Mk. 4 40 Ab. 1. Qu. erh. — Dr. W. C.: Mk. 6 — Ab. 1. u. 2. Qu. erh. Mk. 4 — d. Ufd. dkd. zugew. — F. K. Altstetten: Fr. 2 — Ab. 1. Qu. erh. Wir halten derartige Annoncen für greifbaren Schwindel. — C. W. Roma: Fr. 2 50 Ab. 1. Qu. erh. — F. J. Aebroath: Fr. 5 — Ab. 4. Qu. 85 u. 1. Qu. 86 erh. pr. Volksbuchhandlung. — Kopenhagen: Fr. 70 80 Ab. 3. u. 4. Qu. 85 erh. Remitt. erwart. — Claus Groth: Mk. 81 40 à Cto. Ab. 2c. gutgebr. Bf. erwartet. — G. B. G.: Mk. 4 40 Ab. 1. Qu. u. 60 Pf. pr. Ufds. dkd. erh. — P. M. Benevento: Fr. 10 45 Ab. pr. 1886 u. Schft. erh. Bestllg. abgg. Enß' „Attentat Engels" — Schund. — Deutsch. Ver. Vevey: Fr. 10 — pr. Dfds. dkd. erh. — J. G. Kbg: M. 8 60 Ab. 1. u. 2. Qu. erh. — G. W. Dzg.: Mk. 4 40 Ab. 1. Qu. erh. — A. Hz. Zch.: 70 Pfg. und 15 Cts. pr. Ufds. dkd. erh. — H. Spg. G.: Mk. 6 — Ab. 1. u. 2. Qu. erh. — Dicker Stadtrath: Mk. 10 — pr. Dfds. dkd. erh. — K. D. Plz.: Fr. 3 30 Ab. 1. Qu. erh. — A. W. Nn.: Mk. 4 — Ab. 4. Qu. u. Rest 85 erh. — D. Gppg.: Mk. 10 — à Cto. Ab. 86 erh. — S. G. Mbg.: Mk. 5 — Ab. 1. Qu. u. Schft. erh. — R. K. Wsls: Mk. 4 40 Ab. 1. Qu. erh. Adr. notirt. — Dr. R. U. G.: öwsl. 10 — à Cto. Schft. erh. Bstllg. fort. Ab. 1. Qu. bereits geordnet. — Th. C. B. L.: Mk. 5 — Ab. 1. Qu. u. Schft. erh. Bstllg. folgt, auch Sch. L. ausnahmsweise. — Brauner Bär: Mk. 16 80 Ab. 4. Qu. u. Mk. 5 — pr. Ufds. dkd. erh. — Jean Ldg. Lyon: Fr. 2 50 Ab. 1. Qu. erh. Gewünschtes mit Nr. 1 fort. — Lodernde Flamme: Mk. 1 80 Ab. 1. Qu. u. Mk. 2 — pr. Ufds. dkd. erh. — Hannibal: Mk. 50 — à Cto. erh. Adr. vorgemerkt. Auf diesen Rechenmodus liefern wir nicht weiter. Bf. folgt. Sendungen gesperrt. — Kannibale: Bef. u. Adr. erh. Beil. besorgt. Bstllg. folgt. Benützte Deckadresse gut. Inneres Couvert nicht nöthig. — Pickelhaube: Fr. 154 — à Cto. Ab. 2c. erh. Bstllg. folgt. — A. Höhne New York: Fr. 253 15 à Cto. Ab. erh. — Rother Hahn: Mk. 21 60 Ab. 4. Qu. erh. — Sthd. Hirsla: Fr. 2 — Ab. 1. Qu. erh. — Wsht. Zch.: Fr. 2 — Ab. 1. Qu. erh. — Paris: Fr. 178 50 Ab. 4. Qu. erh. — Spitzberg: Mk. 14 — Ab. 1. Qu. u. Lds. erh.; Mk. 14 49 pr. Ufds. dkd. verwendet. — Dr. Hj. De. Stockholm: Fr. 2 50 Ab. 1. Qu. erh. — J. G. Cbg.: Mk. 3 50 pr. Ab. 1. Qu. gutgebr. — Schwarzer Taugenichts: Mk. 40 — à Cto. Ab. 2c. erh. Alles beachtet. — Sch. Dd.: Mk. 22 50 f. Schft. erh. pr. Fd. — R. Sch. S. Efd.: Mk. 13 20 Ab. 1. Qu. gutgebr. — Ahlemann: Mk. 151 80 Ab. Rest 3. Qu. durch Freundeshand erh. — Gr. i. G.: Mk. 10 — à Cto. Ab. pr. Fd. erh. — Alte Tannen: Mk. 6 — Ab. 1. Qu. erh. Adr. nach Vorschr. geordnet. — Der alte Rothe: Mk. 11 — à Cto. Ab. 4. Qu. u. Mk. 3 — Ab. 1. Qu. 2. erh. Adressen eingerenkt. Bfl. betr. Ba. — Veilchenstein: Mk. 104 40 Ab. u. P.-K. erh. (hievon Mk. 42 20 pr. 1. Qu. Einsp. u. Mk. 62 20 à Cto. Ab. 2c. geducht). Verl. gutgebr. Alles hier prompt fort. Gewünschtes in Arbeit. — A. R. E.: Mk. 10 — Ab. 1. Qu. u. Bblth. erh. K. gesperrt. Im Weiteren ganz einverstanden. — Paul Sp.: Mk. 3 — Ab. 1. Qu. Br. erh. Bstllg. folgt. Bfl. mehr. — J. S. Winona: Fr. 5 — Ab. 1. u. 2. Qu. erh. u. Fr. 5 12 pr. Agfds. dkd. verwendet. — W. S. Stg.: Mk. 4 40 Ab. 1. Qu. erh. — Th. W. Rg.: Mk. 12 — dir. Ab. pr. 86 erh. Reicht nicht aufs ganze Jahr. — A. B. Hg.: Mk. 4 40 Ab. 1. Qu. erh. — Hamburg: Mk. 3 — von H. B. pr. Dfds. dkd. erh. —

In unserem Verlage ist erschienen:

Herrn Eugen Dühring's
Umwälzung der Wissenschaft.
Von
Friedrich Engels.
Zweite Auflage.

Preis: Mk. 2 — (Fr. 2 50). Bei Bezug von 5 Expl. à Mk. 1 60 (Fr. 2 —).

Volksbuchhandlung
und
Expedition des „Sozialdemokrat".
Hottingen-Zürich.

Paris Das Verkehrslokal der deutschen Sozialisten in Paris ist: „Deutscher Loseclub", Café de la Ville, rue de Rivoli 78.

Jeden Samstag Abend öffentliche Versammlung.

Genossen wollen daselbst stets rechtzeitig nöthige Erkundigung in beruflichen Dingen einholen. Entsprechende Legitimation ist erforderlich.

Schweizerische Genossenschafts-Buchdruckerei Hottingen-Zürich